


www.laender-analysen.de/ukraine

**POROSCHENKOS FRIEDENSPLAN
DIE UKRAINE-KRISE IN DEUTSCHEN TALKSHOWS
DIE LAGE DER MENSCHENRECHTE
DIE PATERNALISTISCHE HALTUNG DER UKRAINER
AKTUELLE SOZIALDATEN**

■ ANALYSE	
Nach den Präsidentschaftswahlen vom 25. Mai 2014: Legitimation, Friedensplan und Reformagenda von Präsident Poroschenko	2
Von Inna Melnykovska, Berlin	
■ DOKUMENTATION	
Poroschenkos Friedensplan	6
■ KOMMENTAR	
Ukrainisierung: Krise und Krieg führen das Land zusammen	8
Von Gerhard Simon, Köln	
■ ANALYSE	
Die Ukraine-Krise in den deutschen Talkshows	10
Von Fabian Burkhardt, München	
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Daten zu den Gästen in deutschen Talkshows zur Ukraine-Krise	13
■ DOKUMENTATION	
Die Lage der Menschenrechte in der Ukraine	20
■ UMFRAGE	
Die paternalistische Haltung der Ukrainer	23
■ STATISTIK	
Aktuelle Sozialdaten	26
■ CHRONIK	
9. – 22. Juni 2014	29

Diese Ausgabe der Ukraine-Analysen ist voraussichtlich die letzte Ausgabe vor der Sommerpause 2014; die nächste Ausgabe erscheint am 17. September 2014.



Forschungsinstitut Osteuropa
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Die Ukraine-Analysen
werden unterstützt von

MANGOLD
Consulting

Nach den Präsidentschaftswahlen vom 25. Mai 2014: Legitimation, Friedensplan und Reformagenda von Präsident Poroschenko

Von Inna Melnykovska, Berlin

Zusammenfassung

Der neugewählte Präsident Petro Poroschenko hat drei Hauptaufgaben zu bewältigen. Er soll seine hohe Legitimation nach dem Sieg im ersten Wahlgang nachhaltig sichern; den Frieden im Osten des Landes herstellen; und umfassende politische und wirtschaftliche Reformen durchsetzen. Die Sicherung der Legitimation stellt bei den diskrepanz verschiedenen, sogar konträren Einstellungen der Bevölkerung in den östlichen und westlichen Regionen einen schwierigen Balanceakt dar. Die Stabilisierung im Osten darf nicht auf Kosten der Reformen erzielt werden. Auch das konflikthaltige politische System und die fragmentierte Parteienlandschaft sind eine Herausforderung für den Friedensplan und die Reformagenda des Präsidenten Poroschenko. Dennoch gibt es Erfolgchancen, wenn sich Poroschenko auf die zivilgesellschaftlichen Initiativen zur Durchsetzung von Reformen stützt und sich den externen Hebel, den die EU darstellt, in den innenpolitischen Machtkämpfen und im Dialog mit Russland zunutze macht.

Einleitung

Die Berichterstattung rund um die Präsidentschaftswahlen reduzierte dieses Ereignis auf eine Frage von »Sein oder nicht Sein«. Angesichts der Kämpfe im Osten des Landes sorgte man sich vor allem um die Durchführbarkeit dieser Wahlen. Jedoch waren diese kein Selbstziel, sondern ein Meilenstein im Siegeszug der Euromaidan-Bewegung. Die Präsidentschaftswahlen hatten drei Ziele, die nun zu den Hauptaufgaben des Präsidenten Petro Poroschenko geworden sind: (1) die Legitimation der neuen politischen Führung in Kiew im Inneren und nach außen zu stützen; (2) Frieden und Stabilität, besonders in den südöstlichen Regionen, herzustellen und die Ukraine vor einem Staatszerfall zu bewahren; und (3) Reformen, insbesondere bei der Bekämpfung der Korruption und für mehr Rechtstaatlichkeit, durchzuführen. Welche Chancen und Bedrohungen für die Erreichung dieser Ziele zeichnen sich heute, einen Monat nach den Präsidentschaftswahlen, ab?

Legitimation

Die Legitimation der Präsidentschaftswahlen wurde anfangs durch die fehlende rechtliche Basis für vorgezogene Präsidentschaftswahlen im Falle einer Präsidentenflucht sowie durch die Ankündigungen der pro-russischen Separatisten, die Wahlen zu behindern, in Frage gestellt. Die Resolution »Über die Selbstentfernung des Präsidenten der Ukraine aus dem Amt und vorgezogene Präsidentschaftswahlen in der Ukraine« (Ukraine-Analysen Nr. 132), die am 24. Februar 2014 mit 324 Ja-Stimmen (von 328 anwesenden Abgeordneten) angenommen wurde, schuf einen institutionellen Rahmen für die vorgezogenen Präsidentschaftswahlen und indizierte einen parteiübergreifenden Konsens darüber, dass die Amtszeit des Präsidenten Wiktor Janukowytsch vorbei war.

Die Wahlbehinderungen im Donbass wurden durch eine Erleichterung der Stimmabgabe außerhalb des jeweiligen Wohnortes zumindest teilweise aufgehoben.

Der Sieg Poroschenkos im ersten Wahlgang mit 54,7 % der Stimmen bei einer durchschnittlichen Wahlbeteiligung von etwa 60 % kann als Zeichen hoher Legitimation gewertet werden. Jedoch ist eine solche Zustimmung der Bevölkerung kaum der alleinige Verdienst Poroschenkos. In den südöstlichen Regionen waren die traditionellen Janukowytsch-Wähler desorientiert, einige blieben den Wahllokalen daher fern lieber fern. Man registrierte in diesen Regionen die niedrigste Wahlbeteiligung seit 1991. In den größten Festungen der Partei der Regionen – den Regionen Donezk und Luhansk – blieb die Mehrheit der Wahllokale aufgrund von Überfällen der pro-russischen Separatisten geschlossen. Interne Kämpfe in den Reihen der Partei der Regionen, die durch ihre verschiedenen Kandidaten für die Präsidentschaft deutlich zutage traten, haben zu einer weiteren Verunsicherung der ehemaligen Janukowytsch-Wähler beigetragen. Die Prominenz des offiziellen Kandidaten der Partei der Regionen, Mychajlo Dobkins, reichte kaum über die Region Charkiw hinaus, in der er zuvor das Amt des Gouverneurs innegehabt hatte. Die Kandidaten aus den Reihen der ehemaligen Opposition waren als zu »nationalistisch«, zu extrem und als Kandidaten, die das Land weiter aufsplittern würden, gedeutet; bis auf Poroschenko. Er wurde von den Wählern der südöstlichen Regionen offensichtlich als gemäßigter zentristischer Kandidat wahrgenommen. In den westlichen und zentralen Regionen hat die strategische Stimmabgabe der Wähler Poroschenko den Sieg beschert. Angetrieben von der Gefahr des Staatszerfalls und dem Wunsch, die Wahlen auf den ersten Durchgang zu beschränken, entschieden sich die Wähler aus dem Lager der Oppo-

sition für den Kandidaten, der die besten Ergebnisse in den Umfragen hatte und für den sie im zweiten Wahlgang ohnehin gestimmt hätten. Eine solche strategische Stimmabgabe wurde durch die Entscheidung Witalij Klitschkos, nicht bei den Präsidentschaftswahlen zu kandidieren, erleichtert. Somit ist Poroschenkos hohe Legitimation der Desorientierung der Wähler im Osten und Süden sowie der strategischen Stimmabgabe der Wähler im Zentrum und im Westen der Ukraine zuzuschreiben. Seine Legitimation im Inneren wurde von der Legitimation nach außen verstärkt. Der Westen schickte nicht nur zahlreiche Beobachter, sondern machte die Anerkennung der Präsidentschaftswahlen und ihre Ergebnisse zu einer Bedingung bei der Frage nach der dritten Stufe der Sanktionen gegen Russland. Russlands Präsident Wladimir Putin gab nach: Er traf sich bei den D-Day-Feierlichkeiten in der Normandie mit Poroschenko. Seitdem führen die beiden regelmäßige Telefonate zur Lage im Osten.

Ob diese hohe Legitimation erhalten bleibt, hängt von Poroschenkos Effektivität bei der Erfüllung der zwei anderen oben genannten Aufgaben ab. Hier ist er jedoch mit der Diskrepanz der zwischen den Vorstellungen der Wähler aus den verschiedenen Regionen konfrontiert. Während die Bevölkerung in den südöstlichen Regionen sich nach dem baldmöglichsten Frieden sehnt, sind die Wähler in den zentralen und westlichen Regionen nicht mit einem Frieden um jeden Preis einverstanden. Unterschiede gibt es auch in Bezug auf die gewünschten Reformen. Im Osten ist man weniger bereit, die sozialen Kosten der Reformen zu tragen. Im Westen erwartet man die Durchsetzung eines schnellen und radikalen Reformprogramms, das die Ukraine den Vorstellungen des Euromaidans entsprechend zu einem Land nach europäischem Vorbild machen würde, und ist eher bereit, für Demokratie und Bürgerrechte Abstriche beim Wohlstand zu machen.

Der Friedensplan des Präsidenten

Die Herstellung des Friedens im Osten gehörte zu den wichtigsten Punkten von Poroschenkos Wahlprogramm. Auch in seiner Inaugurationsrede hat er vor allem den Bürgern im Osten einen baldigen Frieden versprochen. Bereits einen Tag nach seiner Inauguration berief Poroschenko eine Drei-Parteien-Kontaktgruppe ein, bestehend aus der OSZE-Vertreterin Heidi Tagliavini, dem Botschafter Russlands in der Ukraine Michail Surabow und Pawlo Klimkin, der zum damaligen Zeitpunkt Botschafter der Ukraine in Deutschland war und nun neuer Außenminister ist. Diese Kontaktgruppe soll die Aktivitäten aller drei am Friedensplan des Präsidenten beteiligten Seiten vorbereiten und koordinieren.

In den ersten Wochen nach dem Amtsantritt des Präsidenten wurde die Anti-Terror-Operation (ATO) bei

der Vorbereitung seines Friedensplans gestärkt. Damit sollte die Eindämmungslinie zu einem Eindämmungskreis umgeformt werden, der die pro-russischen Separatisten von der Verstärkung mit Waffen und Söldnern aus Russland abschneiden sollte. Die ATO-Kräfte konnten auch tatsächlich einige Teile der Regionen Luhansk und Donezk von den pro-russischen Separatisten befreien. Nach Angaben der ATO-Führung konnten die ukrainischen Kräfte über 250 Kilometer der Grenze wieder unter ihre Kontrolle bringen. Von einer kompletten Einkreisung ist man jedoch weit entfernt geblieben. Darüber hinaus hat die Stärkung der ATO wegen der ungenügenden Ausrüstung der ukrainischen Kräfte auch mehrere Opfer mit sich gebracht. Separatisten haben vor allem mehrere Hubschrauber und ein Militärflugzeug mit 49 Insassen der ukrainischen Armee abgeschossen.

Der Friedensplan des Präsidenten wurde am 19. Juni bei einem Treffen der regionalen Eliten aus den Regionen Donezk und Luhansk konkretisiert. Er besteht aus 14 Punkten und umfasst neben den kurzfristigeren militärischen Plänen zum Waffenstillstand, zur Waffenniederlegung, zur Amnestie etc. auch langfristige Punkte. So sieht eine Verfassungsänderung eine Dezentralisierung zugunsten der Regionen vor: Dabei würde der Präsident die Befugnis verlieren, die regionale Exekutive zu ernennen. Diese würde von den neu gewählten lokalen Räten formiert werden. Auch durch veränderte Finanzströme soll mehr Eigenverwaltung der Regionen ermöglicht werden: 25 % der Einkommenssteuer würden dem Plan zufolge in den Regionen bleiben. Außerdem wurden dem Donbass spezifische Versprechungen gemacht: ein Wirtschaftsprogramm zur Rekonstruktion der Region und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze (Budget: 1,5 Milliarden Euro) sowie stärkere Rechte der Regionen in Bezug auf historische Erinnerung, kulturelle Traditionen und Sprachenpolitik in Folge der Dezentralisierung.

Am 20. Juni besuchte Poroschenko den Donbass und kündigte den einseitigen Waffenstillstand auf, der bis zum frühen Morgen des 27. Juni hatte dauern sollen. Die pro-russischen Separatisten hatten zuvor angekündigt, sich nicht an den Waffenstillstand zu halten, jedoch die Bereitschaft signalisiert, dafür am 23. Juni an einem Treffen der Kontaktgruppe teilzunehmen (wobei der Außenminister Klimkin durch den ehemaligen Präsidenten Leonid Kutschma als informellen Beauftragten Poroschenkos ausgetauscht wurde). Nichtsdestotrotz hörten die Angriffe der Separatisten auf die ukrainischen ATO-Kräfte nicht auf, so dass Poroschenko am 24. Juni bereits die Option angekündigt hat, den Waffenstillstand vorzeitig zu beenden.

Die Auswirkungen des Waffenstillstandes auf die militärische Lage sind zu diesem Zeitpunkt noch nicht ganz absehbar, werden von den ukrainischen Militä-

rexperten aber negativ bewertet. Die Separatisten nutzen den Stillstand, um ihre Kräfte zu dislozieren und zu stärken. Die Ausweitung des Dialogs mit den östlichen Regionen auf die bewaffneten Separatisten hat diese als Verhandlungspartner de facto legitimiert. Auf internationaler Ebene konnte der Waffenstillstand jedoch einige Erfolge verzeichnen. Die ukrainische Führung bewies sich als friedenswillig und trieb den Westen an, sich nicht auf eine Vermittlerrolle zu beschränken, sondern sich bei der Suche nach einer Lösung des Konflikts entschieden an die Seite der Ukraine zu stellen. Weiterhin zeigte die anhaltende Versorgung der Separatisten mit Waffen und Manpower aus Russland, dass der Konflikt keine innerstaatliche Angelegenheit der Ukraine ist. Die EU reagierte mit Ankündigungen, den wirtschaftlichen Teil des Assoziierungsabkommens am 27. Juni ohne weitere Verzögerungen zu unterschreiben und innerhalb der EU-Strukturen eine institutionalisierte Gruppe zur Unterstützung von dessen Implementierung zu gründen. Die dritte Stufe der Sanktionen gegen Russland wurde jedoch weiter aufgeschoben und die Ankündigung des russischen Föderationsrates, die Genehmigung des militärischen Truppeneinsatzes in der Ukraine auf Bitte des Präsidenten Putin zurückzunehmen, wurde (mit Skepsis) begrüßt.

Poroschenkos Reformagenda und ihr Umsetzungspotential

Poroschenkos Wahlprogramm – »Auf neue Art leben« – priorisiert die Reformen für mehr Rechtsstaatlichkeit, zur Bekämpfung der Korruption und zur Liberalisierung der monopolisierten Märkte. Die militärischen Auseinandersetzungen mit den pro-russischen Separatisten im Osten können die Reformen sicherlich erschweren. Noch mehr Gefahren bergen aber das politische System und die Parteienlandschaft der Ukraine.

Nach der Rückkehr zur Verfassung von 2004 fehlen dem Präsidenten die Befugnisse zur Durchführung der versprochenen Reformen. Er kann lediglich den Außen- und den Verteidigungsminister sowie den Chef der Nationalbank und den Generalstaatsanwalt nominieren. Die angekündigten Reformen fallen aber hauptsächlich in die Zuständigkeit der Regierung, die zurzeit von der Partei Vaterland dominiert wird. Der Präsident könnte zwar auf die ungeklärten Befugnisse der präsidentiellen Administration und des Rats der Nationalen Sicherheit, die ihm untergeordnet sind, zurückgreifen. Das hätte aber, wie bereits nach der Orangen Revolution, politische Konflikte mit der Regierung zur Folge.

Auf den ersten Blick ist Poroschenkos Stellung gegenüber dem Parlament zurzeit schwach. Bei Parlamentsentscheidungen kann er sich nicht auf seine Partei stützen, sondern ist auf die Zusammenarbeit mit der UDAR-Partei von Witalij Klitschko angewiesen.

Mit 41 Abgeordneten sind deren Entscheidungskapazitäten jedoch beschränkt. Vorgezogene Parlamentswahlen könnten die Parteienlandschaft im Parlament zugunsten des Präsidenten verändern. Insbesondere im Falle einer erfolgreichen Implementierung des Friedensplans hat sein Koalitionspartner, die UDAR-Partei, gute Chancen, seine Präsenz im Parlament zu stärken. Weiterhin könnte Poroschenko bei den Parlamentswahlen eine eigene politische Kraft aufstellen. Die ukrainischen Journalisten Mustafa Nayem und Serhiy Leschenko berichteten bereits über Vorbereitungen, auf Basis der alten »Solidarnist«-Partei eine neue Partei Poroschenkos zu gründen. Diese dürfte bei vorgezogenen Wahlen von der Popularität des Präsidenten und seinen eventuellen Erfolgen bei der Friedenssicherung profitieren.

Über vorgezogene Parlamentswahlen ist jedoch noch nicht entschieden. Die Zusammensetzung des Parlaments entspricht nicht der politischen Lage nach dem Euromaidan. Weiterhin ist die Legitimation des jetzigen Parlaments durch die Rückkehr zur Verfassung von 2004 in Frage gestellt. Es verfügt nun über mehr Befugnisse, als ihm bei den Wahlen 2012 zustanden. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass die legalen Hebel, über die der Präsident laut Verfassung verfügt, bei der jetzigen Parteienlandschaft zu einer Parlamentsauflösung führen. Am wahrscheinlichsten durchsetzbar ist eine Neuwahl des Parlaments, wenn der Präsident diese nach Auflösung der bestehenden und Nichtbildung einer neuen Koalition innerhalb von 30 Tagen ausruft – was er unter diesen Bedingungen kann. Dafür müsste die jetzige Koalition aufgelöst werden, z. B. durch einen Austritt der UDAR-Partei. Es ist jedoch nicht sicher, ob im Parlament nicht auch ohne UDAR eine neue Koalition gebildet werden könnte. Nach dem Austritt von über der Hälfte der Abgeordneten aus der Fraktion der Partei der Regionen gibt es eine kritische Masse von fraktionslosen Abgeordneten, die kein Interesse an vorgezogenen Parlamentswahlen haben und zur Koalitionsbildung bereit sind. Auch die Partei Vaterland, die nach der Niederlage von Julia Tymoschenko mit Verlusten bei vorgezogenen Parlamentswahlen rechnen müsste, setzt sich gegen solche und für den Bestand der jetzigen Koalition ein.

Es gibt außerdem ein paar weitere Gründe, die für die Verschiebung der Parlamentswahlen sprechen. Es steht eine Verfassungsreform an, die eine Dezentralisierung und eine klare Aufteilung der Befugnisse zwischen Exekutive und Legislative mit sich bringen soll. Auch das Wahlsystem, das der ehemalige Präsident Janukowytsch zugunsten seiner Partei der Regionen ändern ließ, soll reformiert werden. Parlamentswahlen wären stärker legitimiert, wenn sie nach solchen neuen Spielregeln stattfinden würden. Die Verfassungs- und die Wahlsystemreform sind jedoch noch in der Ausarbeitungs-

phase. Das legale Prozedere ihrer Umsetzung abzuwarten, ließe die Parlamentswahlen in weite Ferne rücken.

Angesichts der ineffektiven legalen Mittel der Einflussnahme auf das Parlament muss Poroschenko sich daher auf situationsbezogene Abmachungen und Kompromisse mit den anderen Fraktionen, den neu gegründeten Abgeordnetengruppen sowie mit einzelnen Abgeordneten einlassen. Die Abstimmungen zur Berufung des Außenministers, der Chefin der Nationalbank und des Generalstaatsanwalts zeigten eine Kooperationsbereitschaft gegenüber Poroschenko vor allem derjenigen politischen Kräfte (z. B. die Abgeordneten der Partei der Regionen), deren Chancen gering sind, bei vorgezogenen Wahlen wieder ins Parlament zu kommen. Solche situationsbezogenen Kompromisse könnten die Reformen jedoch bremsen.

Einen hilfreichen Hebel für das Reformprogramm des Präsidenten bieten Akteure jenseits des politischen Systems an. So beteiligt sich etwa die Initiative »Reanimation Package of Reforms« nicht nur aktiv an Gesetzesvorschlägen und deren Verabschiedungsprozessen im Parlament. Sie informiert die ukrainische und die internationale Öffentlichkeit auch über diese Prozesse und insbesondere über Missstände und setzt damit die Abgeordneten unter zusätzlichen Reformdruck. Weiterhin könnte die Anknüpfung des Reformprogramms an das Assoziierungsabkommen (AA) mit der EU zusätzliche externe Anreize und Kontrollmechanismen sichern. Dafür müsste zum einen die Koordinierung des Präsidenten mit den zivilgesellschaftlichen Initiativen institutionalisiert werden (zum jetzigen Zeitpunkt gibt es Gespräche über die Gründung eines Koordinationsrates, der aus Repräsentanten der zivilgesellschaftlichen Initiativen, des Parlaments und der präsidentiellen Administration bei persönlicher und regelmäßiger Beteiligung des Präsidenten gebildet wird). Zum anderen könnte der Präsident bei der AA-Implementierung die Initiative ergreifen und eine neue koordinierende Struktur unter seiner Führung schaffen. Eine solche würde jedoch Konfliktpotential mit der Regierung um die Frage der Federführung im AA-Prozess bergen.

Ausblick

Die Einstellungen der Bevölkerung zum Präsidenten und ihre Erwartungen an ihn, die sich von Region zu Region jeweils unterscheiden und sogar konträr sind, die Herausforderungen eines Militäreinsatzes mittels der geschwächten Sicherheits- und Verteidigungsstrukturen, die Schwierigkeiten des Dialogs mit den bewaffneten und gewalttätigen pro-russischen Separatisten sowie seine bescheidenen Befugnisse und die machtpolitischen

Kämpfe im Parlament machen es dem Präsidenten Poroschenko nicht leicht, seine Friedens- und Reformpläne zu implementieren. Außerdem müssen die von ihm vorgeschlagenen Reformen nicht unbedingt die erwünschten Auswirkungen haben. So werden die Dezentralisierungsreformen, die die vom Präsidenten eingesetzten Exekutiven abschaffen und die regionalen gewählten Legislativen stärken sollen, bereits seit der frühen 2000er Jahren diskutiert. Zwar sollen diese idealerweise die Effektivität der regionalen Selbstverwaltung stärken, sie könnten jedoch auch zu einem weiteren Staatszerfall beitragen. Die regionalen Wahlen im Osten, die von Poroschenko vorgeschlagen wurden, könnten von den Oligarchen instrumentalisiert werden, um die Durchsetzung der Reformen in den Regionen zu blockieren.

Die Bewältigung der Aufgaben ist nicht nur von den persönlichen Fähigkeiten Poroschenkos und von internen Faktoren abhängig, sie wird auch maßgeblich von den Positionen Russlands und der EU beeinflusst. Präsident Putin hat geopolitische und wirtschaftliche Kosten der Aggression gegenüber der Ukraine bislang nicht gescheut. Der persönliche Machterhalt des Putin-Systems scheint über Geopolitik und Wirtschaftsinteressen zu stehen. Putins Zugeständnisse im Konflikt mit der Ukraine bleiben von kosmetischer und symbolischer Natur. So wurde die Sondererlaubnis des Föderationsrates, in die Ukraine einzumarschieren, zwar zurückgenommen, der Präsident verfügt aber nach wie vor über die Ermächtigung aus dem Jahr 2009 zum »unbefristeten Recht auf den operativen Einsatz von Streitkräften im Ausland«. Darüber hinaus nutzt Russland eine ganze Palette von Instrumenten – wie Waffenlieferungen an Separatisten, umfassende Propaganda durch russische Medien oder auch den Einsatz der »Gas-Waffe« – die die Grenze zum offenen Krieg zwar nicht überschreiten, sich jedoch weiterhin destabilisierend auf die Ukraine auswirken können.

Die EU kann Poroschenkos Erfolgchancen bei den Friedens- und Reformplänen erhöhen. Dafür müsste sie sich beim Konflikt mit Russland entschieden auf die Seite der ukrainischen Regierung stellen und ihre wirtschaftlichen Verflechtungen als Druckmittel gegenüber Russland nutzen. Die Sanktionen der EU haben zwar keine sofortige Konfliktlösung bewirkt. Dafür waren sie nicht präzise und umfassend genug. Sie haben Putin jedoch zum Dialog und zur Änderung seiner Taktik bewegt. Eine Etablierung der EU-Monitoring- und Kontrollmechanismen sowie EU-Anreize würden Poroschenkos Reformagenda weiter stützen und hätten das Potential, den konkurrierenden politischen Kräften eine Basis des Zusammenhalts zu bieten.

Über die Autorin

Inna Melnykova promoviert am Otto Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin und arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft an der Justus-Liebig-Universität Gießen.

Poroschenkos Friedensplan

Address of President of Ukraine Petro Poroshenko (21.06.2014)

Dear compatriots!

The Armed Forces completed the largest military operation in the modern history of the country. The army took under fire control and established the defense regime on almost the whole line of the state border with Russia in Luhansk and Donetsk regions. The CTO forces liberated a great number of inhabited localities from terrorists and encircled extremist groups.

The state is obliged to protect its citizens from terrorists and armed gangs. Taking extraordinary efforts, Ukraine is restoring combat capability of the army and created the National Guard. Now, we have enough power and political will to deliver the final blow to illegal armed formations.

On the other hand, we soberly understand possible number of casualties among both Ukrainian servicemen and civilians of Donbas. Civilians are in fact being held hostage by militants now. That is why I suggested a peaceful plan. We are ready to restore the territorial integrity by all means, but now, we place a priority on peaceful measures.

As Supreme Commander-in-Chief, yesterday, in the headquarters of the Counterterrorist operation near Sloviansk, I commanded the Armed Forces, the National Guard, the MIA units and the border guards to unilaterally cease fire. Ukrainian authorities were the first to make such step because I feel my responsibility for the fate of the country.

The cease-fire period is limited to one week – until June 27. These are the decisive days that give a good chance for a peaceful settlement.

All illegal armed formation must understand: the initiated cease-fire doesn't mean that Ukrainian soldiers are forbidden to shoot back. Any attempts of militants to attack will face the rebuff. Of course, not verbal.

Please, dear participants, let me inform you on some details of my peaceful plan.

In the coming days, the Verkhovna Rada will be offered to adopt the law on amnesty to those members of illegal armed formations who didn't kill civilians and Ukrainian soldiers, who will lay down their weapons in a short time. Everyone who illegally took weapons must do so.

Hostages must be immediately liberated. I mean all hostages – from international observers to Ukrainian teachers, doctors, journalists and law enforcers.

Corridor for the escape of Russian mercenaries to their motherland will be opened. But there is a condition to leave machine guns, tanks and armored vehicles here.

10 km long buffer zone will be established on the Ukrainian-Russian border. It will become an additional protection from further entry of mercenaries and weapons to Ukraine.

Another important element of the plan is liberation of administrative premises in Donetsk and Luhansk regions. Dismantling of roadblocks and barricades around them. Order must return to the streets of Ukrainian cities. By the way, not only in Donbas. This information should be heard by those who stayed too long without a reason on the tires in other regions of Ukraine.

We must restore the functioning of legal local authorities. With the assistance from the Center, they must immediately revive the social security system, power supply and water supply destroyed by extremists. It is related to both Sloviansk and Kramatorsk as cities which suffered from terrorists most. Today, I have already given the instruction to the Government to immediately restore the functioning of treasury paralyzed by militants. People must receive wages, pensions and all social payments despite any obstacles.

Immediate fulfillment of the peaceful plan will open the path to the political dialogue. I invite legally elected representatives of local government, civic organizations and everyone else to this dialogue.

Diametrically different views will not be a barrier to participation in the negotiations. I am ready to talk with those who have erred, who mistakenly stood in the position of separatism. Except, of course, people who were involved in the acts of terrorism, murder or torture.

Moreover, I guarantee safety for all participants of the negotiations. For anyone who wants to speak the language of arguments instead of the language of weapons.

Important remark. The issue of territorial integrity of Ukraine is out of discussion! We hear and reckon with specific opinions of Donbas citizens. But we cannot and will not transform Ukraine, which is pretty unanimous in the issues of unity, territorial structure, language and geopolitical orientation, in accordance to them.

So where is the way out of this situation? It is in a broad decentralization of power.

For the first time in the history of Ukraine, instead of taking a full pack of powers and fighting, as it usually was, for the expansion of his power, the newly-elected President does the contrary. I will convey part of my powers to local

authorities and territorial communities. In the first reading, respective amendments to the Constitution can be adopted in a few weeks. We can count on final adoption already in September.

Under the new Constitution, we will hold the elections to local Councils. The Councils will form the executive committees and elect their heads. And it will be they, not appointees from Kyiv, who will rule the regions and manage local budgets. These budgets will be substantially increased. Part of taxes will be redistributed for the benefit of communities, cities, districts and regions.

Decentralization provides for the expansion of the rights of regions in the issues of historical memory, cultural traditions and language policy. These issues will never again separate the country. Local communities of Donbas will have a right to freely use Russian language along with the state language. Communities will determine themselves to what monuments they should lay flowers. What they should celebrate and what songs they should sing at the holiday table. By the way, in which churches to pray.

But in conditions of decentralization, Donbas will not be able to deal with its problems alone. Not only Ukraine, but also the EU will come to help. We will help to restore the infrastructure destroyed by militants. At the cost of the state, we will restore housing destroyed during combat actions, we will restore workspaces. Donbas residents will have a place to return, to live and to work.

The program of creating new jobs in Donbas is being elaborated with the assistance of the EU. The case is not only about free or cheap credits, but also about the system of political risk insurance for the investors in the economy of Donbas. It is clear that there will be no investments unless there will be peace.

Peaceful plan cannot be implemented without a broad support of residents of Donetsk and Luhansk regions. Militants must feel pressure both from Kyiv and local residents. For example, residents of Mariupol, the north of Luhansk region, the west of Donetsk region have had their say and now they live in peace.

It is gangs of mercenaries who paralyzed normal life and left people without means of living. I think that even those who had sacrificed their bodies and souls to create shields a few months ago have already changed their mind today.

I understand that not all people are ready to perceive or even hear the peaceful plan under the roar of cannon fire and naked nerve of the whole society. By the way, it is surprising that especially critical were those who did not smell gunpowder and do not know what a real war is.

To solve the problem by force is not an easy task. It means to sacrifice new and numerous casualties consciously and forcedly. To pay much bigger human price than the losses we have unfortunately already suffered today.

We must understand the main thing: not hundreds of people are taken hostage by terrorists, but hundreds of thousands residents who turned out to live in the area controlled by the terrorists. We, Ukrainian servicemen and politicians, think first of all about the fate of civilians in this situation. Otherwise, terrorists would have been wiped off from the face of the earth long ago.

I spent part of my childhood and juvenility in Transnistria. A lot of my classmates died in that military conflict. And a self-declared republic not recognized by anyone has been barely glimmering for more than 20 years already. I will not let Donbas transform into something similar to Transnistria.

I love our Donetchyna and Luhanshchyna just like my native Odeshchyna, Vinnychyna and Kyiv. Just like any other corner of my mother Ukraine.

Despite all the criticalness of the situation, we still have a choice and a chance to resolve the problem peacefully or by force. We must use this chance. We foresee various scenarios. Peaceful scenario is the main. It is our plan A.

But those who are planning to use peaceful negotiations only to kill the clock and regroup forces must know that we have a detailed plan B. I am not going to speak of it now because I believe that our peaceful plan will work out.

Our peaceful plan has already been supported by the whole global community. Particularly, by President of the United States Barack Obama, President of France François Hollande, Federal Chancellor of Germany Angela Merkel, Prime Minister of the United Kingdom David Cameron, leaders of many other countries of the world, international organizations, UN Secretary General Ban Ki-moon, President of the Swiss Confederation, OSCE Chairperson-in-Office Didier Burkhalter (today, we have discussed with him the participation of the OSCE monitoring mission in the control over the cease-fire regime), Secretary General of the Council of Europe Thorbjørn Jagland and others.

Finally, President of Russia Vladimir Putin also positively evaluated the decision of Ukraine to cease fire and supported concrete steps of my peaceful plan on the settlement of the situation in Donbas.

The whole world understands: there is no better option than peace.

May God help us!

Glory to Ukraine!

Quelle: <<http://www.president.gov.ua/en/news/30570.html>>

KOMMENTAR

Ukrainisierung: Krise und Krieg führen das Land zusammen

Von Gerhard Simon, Köln

Es gibt Anzeichen dafür, dass die Ukraine unter dem Druck der Bedrohung einheitlicher und ukrainischer wird. Zwar übt die Regierung in Kiew derzeit de facto keine Souveränität über die Krim aus, und ob es gelingt, im Donbass kurzfristig die volle Souveränität wieder zurückzugewinnen, ist eine offene Frage. Dennoch wächst das Zusammengehörigkeitsbewusstsein, die Einheit des Landes wird als hohes Gut wahrgenommen. Insofern ist ein Paradox zu konstatieren: Im Donbass erlebt der Separatismus politische und militärische Erfolge, die bis vor kurzem undenkbar erschienen, aber zugleich wächst im Land die Entschlossenheit, dagegen politisch und militärisch vorzugehen und die Einheit wieder herzustellen.

Unter Ukrainisierung wird in diesem Beitrag nicht in erster Linie die sprachliche und kulturelle Dimension von Nationswerdung verstanden – so wird dieser Begriff zumeist gebraucht. Die frühe sowjetische Nationalitätenpolitik der 1920er Jahre förderte gezielt die ukrainische Sprache und Kultur und drängte das Russische zurück, um so zumindest nachträglich die Ukrainer für die Sowjetmacht zu gewinnen. Die politische Dimension von Ukrainisierung, nämlich Autonomie oder gar Unabhängigkeit, sollte gerade ausgeschaltet werden. Die sowjetische Ukrainisierung stand also im Dienst des sowjetischen Zentralstaats. Jetzt ist die Zielrichtung im Gegensatz dazu die politische Selbständigkeit.

Das Ende der Sowjetunion schuf die Basis für die politische Unabhängigkeit, inzwischen geht es um die Distanzierung, ja die offene Abwendung vom russischen Weg. Diese Wendung der Ukrainisierung trat mit dem Euromajdan, dem Sturz des Regimes Janukowytsch und dem revolutionär-demokratischen Neubeginn seit dem 21. Februar in eine neue Phase ein. Zuvor praktizierte die Ukraine über viele Jahre unter den Präsidenten Kutschma und Janukowytsch das Sitzen auf zwei Stühlen, d. h. die Unabhängigkeit von Russland wurde unter Anlehnung an Russland gesucht und zugleich eine virtuelle, weitgehend auf Rhetorik beschränkte Integration nach Westen betrieben. Diese Politik, zwei übermächtige, wenn auch sehr unterschiedliche Nachbarn gegeneinander auszuspielen, brachte durchaus gewisse Erfolge. Sie wäre wohl weitergeführt worden, wären nicht zwei Entwicklungen eingetreten, die das unmöglich machten: Die Weigerung von Janukowytsch im November 2013, das Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen, war der Auslöser für eine proeuropäische Protestbewegung und einen Machtwechsel in

Kiew. Dieser Machtwechsel führte seinerseits zu einer russischen Gegenreaktion mit dem Ziel, einen eigenständigen Weg der Ukraine nach Westen zu unterbinden und rückgängig zu machen, weil die Ukraine nach russischer Auffassung Teil der »russischen Welt« und des »historischen Russland« ist. Die Annexion der Krim und der – gescheiterte – Versuch, Neu-Russland im Osten und Süden der Ukraine zu errichten, waren die Konsequenzen. Seither erscheint das Sitzen auf zwei Stühlen ausgeschlossen. Die russische Politik hat einen erheblichen Beitrag zur Westwendung der Ukraine geleistet, zu der es nun keine Alternative mehr gibt.

Nach dem Euromajdan trägt auch der Krieg im Donbass dazu bei, die Ukraine zu einen. Alle Umfragen und viele persönliche Aussagen bestätigen, dass der Separatismus in den Gebieten Donezk und Lugansk nicht Konsens ist. Weniger als ein Drittel der Bevölkerung wünscht sich den Anschluss an Russland, eine deutliche Mehrheit lehnt ihn ab. Dabei ist der Separatismus im Donbass relativ am populärsten, separatistische Bestrebungen im Osten und Süden der Ukraine insgesamt werden nur von 15 % der Menschen geteilt (Ukraine Analysen Nr. 133 vom 27. Mai 2014, S. 19, <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen133.pdf>>). Natürlich kann eine mobilisierte und entschlossene Minderheit ihre Ziele auch gegen die Mehrheit durchsetzen, insbesondere wenn sie, wie in diesem Fall, massiv politisch, propagandistisch und militärisch von Russland unterstützt wird.

Dabei hat der aggressive Separatismus durchaus eigenständige Wurzeln im Donbass, die sich russische Sponsoren und Aggressoren zunutze machen. Es ist der Ukraine nicht gelungen, die besondere Identität des Donbass, die mit seiner historischen Herkunft, seiner wirtschaftlich-sozialen Entwicklung und seiner Demographie zusammenhängt, in eine gesamtukrainische Identität zu integrieren. Aber die Chancen dazu bleiben erhalten, denn die Menschen des Donbass betrachten ihre Region keineswegs als Teil Russlands. Außerdem sind nach der russophilen Euphorie im März / April und später mit den Schrecken des Krieges Enttäuschung und Ernüchterung eingetreten. Weder ist Russland bereit, den Donbass vollständig zu besetzen und zu annektieren wie die Krim, noch ist die Ukraine bereit, auf die Gebiete Donezk und Lugansk zu verzichten. So bieten der jetzige Krieg und der kommende Frieden Chancen, den Donbass durch Dezentralisierung und Anerkennung seiner Eigenheiten besser als bisher zu einem Teil der Ukraine zu machen.

Das gestürzte Regime Janukowytsch und seine Partei der Regionen waren nach Herkunft und politischer Mentalität aufs engste mit dem Donbass verbunden. Die Kader aus dem Donbass übten seit 2010 in erheblichem Umfang die Macht in Kiew und damit in der Ukraine insgesamt aus. Aber seit Februar 2014 zerfällt die Partei der Regionen unaufhaltsam. Während auf dem Höhepunkt der Macht des ehemaligen Präsidenten im Jahr 2012 208 Abgeordnete zur Fraktion der Partei der Regionen im Parlament gehörten, sind es derzeit nur noch 83. In vielen Gebieten hörte die Partei überhaupt auf zu existieren. Mehr noch: Die Vision von der Ukraine im Fahrwasser Russlands, halb souverän, zur anderen Hälfte ein Teil der »russischen Welt« – dieser Mythos ist gescheitert und hat der Vision von der Integration des Landes nach Westen Platz gemacht. Der Zusammenbruch der Partei der Regionen ist ein Zeichen für die fortschreitende Ukrainisierung. Der weitestgrößte Teil der ehemaligen Funktionäre der Partei der Regionen engagiert sich seither in öffentlichen Äußerungen für die Einheit des Landes und distanziert sich vom Separatismus. Viele jetzt fraktionslose Abgeordnete im Parlament traten auf die Seite des Siegers, d. h. des Präsidenten Poroschenko, über. Die beiden Hauptprotagonisten des Anti-Majdan in Charkiw, Genadij Kernes und Michajlo Dobkin, mutierten zu

lautstarken Sprechern für die Einheit der Ukraine und trugen wesentlich dazu bei, dass der Separatismus auf den Donbass beschränkt blieb. Nur wenige Funktionäre des alten Regimes stellten sich wie Oleh Zarjow an die Spitze der prorussischen Bewegung.

Die Partei der Regionen gab auch ihren anfänglichen Widerstand gegen die Präsidentenwahlen am 25. Mai auf, die zuerst als illegitim und Machenschaft einer bewaffneten Junta diffamiert wurden. Die Wahlen, die Poroschenko mit 54,7% im ersten Wahlgang für sich entscheiden konnte, zeigten eine erstaunlich konsolidierte Wählerschaft. Während bei den früheren Präsidentschaftswahlen 2010 und 2004/5 die zentrale und westliche Ukraine den einen Kandidaten und der Süden und Osten einen anderen präferierten, erhielt diesmal der Kandidat des Euromajdan Poroschenko in allen Gebieten des Landes die relativ meisten Wählerstimmen: ein deutliches Zeichen für die fortschreitende Ukrainisierung.

Zwar ist der Berg der ungelösten Probleme im Inneren nach wie vor riesig: von der Bekämpfung der Korruption bis zu den anstehenden Verfassungsänderungen. Aber der Euromajdan, der Machtwechsel in Kiew, Krise und Krieg führen nicht zu einer Schwächung, sondern zu einer Konsolidierung von Gesellschaft und Staat.

Über den Autor:

Prof. Dr. Gerhard Simon ist Historiker und war Leitender Wissenschaftlicher Direktor im Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln und lehrte an der Universität zu Köln.

Die Ukraine-Krise in den deutschen Talkshows

Von Fabian Burkhardt, München

Zusammenfassung

Ausgehend von Vorwürfen einer möglichen »Kriegstreiberei« und Russlandfeindlichkeit in den deutschen Medien untersucht der vorliegende Beitrag anhand von dreißig deutschen Talkshowsendeterminen, die die Ukraine-Krise im Blickfeld hatten, zwei Fragen: Sind Berichterstattung und Kommentierung in den Medien anti-russisch? Und: Hat die Ukraine eine »Stimme« in den Talkshows? Anhand der geladenen Gäste kommt die Untersuchung zu dem Ergebnis, dass der Vorwurf der Russophobie nicht haltbar und die Ukraine komparativ eindeutig im Nachteil ist.

Einleitung

Der Vorwurf, die deutschen Medien seien gegenüber Russland voreingenommen, russlandfeindlich, russophob usw. ist weit verbreitet. Man könnte dies vielleicht als eine Begleiterscheinung des gegenwärtigen Konflikts in der Ukraine mit seiner medialen Artillerieunterstützung abtun. Da es sich bei diesem aber um die bedeutendste Auseinandersetzung in Europa seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion handelt und diese sich in einer symbolischen Zeit, in der sich der Beginn des Ersten Weltkriegs zum hundertsten Mal jährt, abspielt, sollte der Vorwurf ernst genommen werden. Den Vorwurf der Russophobie zu missachten hieße demnach, möglicherweise weitsichtigeren Pazifisten das Wort abzuwürfen und vielleicht sogar potentielle Kriegsdynamiken zu übersehen. Die Medien sind zudem besonders relevant, da dem Begriff der »information warfare«, der Kriegsführung mit Informationen bzw. deren manipulativem Gebrauch im Verlauf der Ukraine-Krise zentrale Bedeutung zukommt.

Der Vorwurf an die deutschen Medien, diese seien russlandfeindlich oder zumindest nicht »objektiv« gegenüber Russland, ist nicht neu. Vor seiner erneuten Amtseinführung als Bundesaußenminister äußerte sich Frank-Walter Steinmeier im Juni 2013 bei der Präsentation von vier Szenarien für die Zukunft der deutsch-russischen Beziehungen bis 2030 ebenfalls medienkritisch und vertrat dabei gleichermaßen eine Position, die in der deutschen Sozialdemokratie als typisch einzustufen ist: »So vielschichtig und kompliziert diese bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland ja auch sind, so leidenschaftlich und erbittert sind dann offensichtlich auch die Debatten, die wir in der jeweiligen Medienöffentlichkeit führen, bei uns eben in der Medienöffentlichkeit im Umgang mit Russland. Ich habe mit meinem Kollegen Kokscharow darüber nachgedacht, wie man der öffentlichen Debatte etwas entgegensetzen kann, die immer so verkürzt stattfindet und in der sich beide Länder eigentlich immer ungerecht behandelt fühlen.« Gewissermaßen könnte man dies schon als Mantra bezeichnen, das in den letzten Jahren

die deutsch-russischen Beziehungen begleitet und eine Art Gemeinschaftsgefühl gegenüber den Medien herstellt (»die Medien behandeln beide Seiten ungerecht«).

Mit dem Euromaidan, der darauffolgenden Eingliederung der Halbinsel Krim und der Stadt Sewastopol als zwei neue Föderationssubjekte in die Russische Föderation und der anhaltenden Staatskrise in der Ukraine änderte sich die Situation. Einerseits erreichte die Propagandamaschine in Russland Ausmaße, die nicht mehr mit den Begrifflichkeiten des westlichen Journalismus zu fassen sind. Andererseits wurden aus der Ukraine selbst Stimmen laut, die sich von den deutschen Medien ungerecht behandelt fühlten. Dies ging so weit, dass sich die ukrainische Botschaft am 13.03.2014 selbst mit einem Brief an ausgewählte Talkshows wandte, in dem der Botschafter Pawlo Klimkin seine Bereitschaft verkündete, an Sendungen über die Ukraine teilzunehmen.

Es stellt sich nun also die Frage: Lässt sich eine begründbare Aussage treffen, wer sich in diesem Meer an Anschuldigungen über ungerechte Behandlung in den Medien berechtigterweise echauffert?

Untersuchungsgegenstand und Fragestellung

Das Problem mit Anschuldigungen gegen eine nicht ausgewogene Berichterstattung besteht insgesamt darin, dass diese oft auf subjektiven Einschätzungen und anekdotischer Evidenz beruhen, die zwar weit verbreitet sein mögen, denen es aber oft an Repräsentativität mangelt. Bei der Vielzahl der Medienbeiträge lässt sich für jede vertretene und vertretbare Position nicht nur ein Beispiel finden.

Dem Vorwurf der ukrainischen Botschaft folgend werden hier die wichtigsten deutschen Talkshows auf ihre Ukraineberichterstattung hin untersucht. Zugegebenermaßen löst dies das Problem der Repräsentativität der Medienberichterstattung insgesamt nicht, aber zumindest können zuverlässige Aussagen über Talkshows getroffen werden, die gemessen an den Zuschauerzahlen eine relativ große Reichweite aufweisen.

Vorauszuschicken ist, dass Polittalks ihre Besonderheiten haben. Der Quotendruck ist immens, und

so steht weniger die Spezialisierung der Gäste im Vordergrund, sondern vielmehr die Frage, welche Rückwirkung auf Deutschland für den Zuschauer von Ereignissen zu erwarten ist. Erreicht wird dies wiederum mit der Emotionalisierung politischer Fragen. Vor diesem Hintergrund ist die nachfolgende Untersuchung zu lesen. Als Untersuchungsmenge wurden die wichtigsten Talkshows in den öffentlich-rechtlichen Sendern ARD, ZDF und Phoenix ausgewählt, die sich dem Thema Ukraine zwischen November 2013 und April 2014 widmeten. Insgesamt waren dies acht Talkshows (Anne Will; Günther Jauch; Menschen bei Maischberger; Beckmann; Hart aber Fair mit Frank Plasberg; Maybritt Illner; Phoenix Runde; Unter den Linden;) mit 30 Sendeterminen.¹ Beckmann strahlte als erster zum Thema am 12.12.2013 aus, Anne Will war am 30.04.2014 die letzte Runde, die in den Zeitraum fiel.

Zwei Fragen sollen hier beantwortet werden:

- Sind Berichterstattung und Kommentierung in den Medien anti-russisch?
 - Hat die Ukraine eine »Stimme« in den Talkshows?
- Zu diesem Zweck wurden die Gäste nach ihrer »ideologischen« außenpolitischen Haltung codiert und die Einladungspraxis in den acht Sendungen untersucht.

Ergebnisse der Untersuchung

Titel der Sendungen

Schaut man auf die Titel der Sendungen, so scheint sich auf den ersten Blick eine gewisse anti-russische Haltung zu bestätigen. Aufgrund der oben beschriebenen Spezifik von Talkshows dienen reißerische Titel wohl dazu, eine Emotionalisierung des Sachverhalts zu erreichen und Russland als mögliche Gefahr zu framen. Auf einen Blick offensichtlich wird dies, nachdem die 30 Überschriften zu einer »word cloud« angeordnet wurden (s. Grafik 1 auf S. 13).

Grob gesagt lässt sich eine Personalisierung auf den russischen Präsidenten Wladimir Putin ausmachen, außerdem wird die Angst vor einem eskalierenden Konflikt oder gar (Kalten) Krieg in den Vordergrund gerückt. Europa und der Westen stehen als Folge des Konflikts in der Ukraine der Gefahr aus Russland gegenüber.

Die Gäste – Basisdaten

Insgesamt wurden zu den 30 Talkshows 81 Gäste geladen, wobei einige bis zu viermal auftraten (s. Grafik 2 auf S. 14).

Auffallend ist, dass unter den neun Gästen, die drei- oder viermal in den Sendungen auftraten, drei Ukrainerinnen und zwei Russen waren, die Ursachen sind wohl in einer Mischung aus zwei Faktoren zu sehen: Zum einen scheinen zumindest aus der Sicht der Redakteure fernsehtaugliche Gäste rar gesät zu sein, zum anderen sind vertraute Gesichter gefragt, was durch vermehrte Auftritte zumindest teilweise erreicht werden kann.

Die Staatsbürgerschaft der Gäste ist nicht überraschend zu Gunsten von Deutschen verteilt (s. Grafik 3 auf S. 14). Bemerkenswert ist, dass doppelt so viele russische wie ukrainische Staatsbürger präsent waren, dies ist schon ein erster Hinweis darauf, dass Ukrainer deutlich seltener eine Stimme bekommen als Russen. Der fünfprozentige Anteil an US-Amerikanern ist darin begründet, dass Experten für transatlantische Beziehungen gebraucht wurden, um die Position der USA zu erläutern.

Aufschlussreich ist auch der berufliche Hintergrund der Gäste (s. Grafik 4 auf S. 15). Journalisten werden bei weitem am häufigsten als Gäste geladen. Auffällig ist, dass unter den 27 Journalisten überproportional viele Russen (acht) sind, davon fünf von russischen Staats- und staatskontrollierten Medien. Unter den sechs Diplomaten waren zwei Vertreter der russischen Botschaft, während die Ukraine leer ausging. Vertreter von Think-Tanks und der Wissenschaft stellten jeweils zehn Prozent der Gäste, wobei zwei der sieben Akademiker dezidierte Russlandexperten waren. Von den vier Wirtschaftsvertretern waren alle, von den sieben Politikern a. D. (»elder statesmen«) sechs Entspannungspolitikern oder standen der Entspannungspolitik zumindest sehr nahe.

Die parteipolitische Zugehörigkeit der Gäste ergibt ein erstaunlich ausgewogenes Bild (s. Grafik 5 auf S. 15). Obwohl sich die acht Sendungen wohl kaum untereinander abgestimmt haben können, spiegeln sie die Parteien gemessen am Sitzanteil im Bundestag sowie dem Zweitstimmenanteil bei der Bundestagswahl 2013 quasi proportional wider. Politiker aus der CDU wurden als stärkste Regierungspartei am häufigsten geladen. Durch den Auftritt des ehemaligen Außenministers Hans-Dietrich Genscher ist die FDP leicht überrepräsentiert. Aufgrund der mehrfachen Einbeziehung von Marina Weisband, welche eigentlich eher deutsche Politikerin ist, aber aufgrund ihrer Geburt und journalistischen Tätigkeit als Ukrainerin präsentiert wurde, sind die Piraten als minimale Gewinner einzustufen. Dasselbe gilt für die Grünen aufgrund ihrer aktiven Position in der Ukraine-Frage.

Die Gäste – Einordnung nach Kategorien

Um die zwei Forschungsfragen beantworten zu können, wurden die Talkshow-Gäste nach Kategorien codiert,

¹ Eine Übersichtstabelle mit allen Sendungen und Gästen kann auf folgender Webseite eingesehen werden: <<https://lmu-munich-academia.edu/FabianBurkhardt>>.

die sie klassifizieren und eine prägnante sparsame Einteilung in Weltbilder erlauben, obwohl sich die Spannweite in den einzelnen Kategorien teilweise merklich unterscheidet. Die Liste der Kategorien und ihre Erläuterungen sind in Tabelle 1 auf S. 18–19 zu finden. Die Ergebnisse der Einordnung nach Kategorien wurden dann in einer Netzwerk-Form in den Grafiken 6 und 7 veranschaulicht.

Das Netzwerk in Grafik 6 auf S. 16 stellt gewissermaßen die ideologische Landkarte der deutschen Talkshows über den Ukraine-Konflikt dar. Insbesondere interessant sind hier die horizontale und die vertikale Achse. Auf der vertikalen Achse sind die gegensätzlichen Pole der Debatte verortet. Im »Norden« bilden Eindämmungspolitik (gegenüber Russland), Zentral-europa (meist für schnelle Eingliederung der Ukraine in westliche Institutionen, s. Tabelle 1) und Ukraine (pro-Maidan) den einen Pol, während im »Süden« Entspannungspolitik, Russia First, Westen auch schuld und wirtschaftsnah den anderen maßgeblichen Cluster bilden. Die Nähe zu den jeweiligen Kategoriekreisen gibt auch die »ideologische« Nähe wieder. Alexander Rahr trat zweimal bei Anne Will und einmal bei Phoenix Runde auf und wurde mit Entspannungspolitik, Russlandexperte, wirtschaftsnah, Westen auch schuld, Russia First kategorisiert, woraus sich (in Kombination mit allen anderen Gästen) seine Position auf der »Landkarte« ergibt. Elmar Brok wiederum nahm an den Sendungen Anne Will, Beckmann und Phoenix Runde (zweimal) teil und wurde mit Eindämmungspolitik und Zentral-europa klassifiziert. Gäste, die eng beieinander liegen, vertreten somit auch tendenziell vergleichbare Positionen. Numerisch lässt sich die Überlegenheit der Entspannungspolitik an zwei Werten festmachen: Zum einen ist die Anzahl der Verbindungen der Kategorie Entspannungspolitik zu benachbarten Knotenpunkten (in der Netzwerkanalyse als *degree* bezeichnet) mit 32 deutlich höher als die der Eindämmungspolitik mit 20. Die Bedeutung der Kategorie Entspannungspolitik für das gesamte Netzwerk (Eigenvektorzentralität) ist mit 1 viermal größer als die der Eindämmungspolitik (0,232). Zur Visualisierung der Landkarte gäbe es viele Varianten, mit Grafik 7 auf S. 17 sei mit der Parteizugehörigkeit nur ein Aspekt hervorgehoben. Während die Repräsentation über die dreißig Sendungen hinweg als ausgewogen eingestuft wurde, lassen sich unterschiedliche »ideologische« Positionen innerhalb der Parteien feststellen. Während die CDU und die Grünen mit mehr als doppelt so vielen Parteimitgliedern mehrheitlich dem »Nordpol« nahe stehen, sind SPD, FDP und die Linke ausschließlich dem »Südpol« zuzuordnen.

Um den Ausgangsfragen dieser Untersuchung nachzugehen, wurde für jede Sendung zudem jeweils

ein Russlandfaktor und ein Ukrainefaktor berechnet (s. Grafik 8 auf S. 18). Die Einladungspraxis der Sendungen zeigt, dass insgesamt der Russlandfaktor bis auf drei Ausnahmen deutlich über dem Ukrainefaktor liegt. Dass die Ukraine keine Stimme in den Sendungen bekommt, kann so nicht bestätigt werden. Aber in acht von 30 Sendungen war der Ukrainefaktor mit 0 zu beziffern. Der Gesamttrend ist somit eindeutig: Von Russlandfeindlichkeit in deutschen Talkshows kann nicht die Rede sein.

Resumée

Ausgehend von Vorwürfen einer möglichen Kriegstreiberei und Russlandfeindlichkeit in den deutschen Medien wurden anhand von dreißig deutschen Talkshowsendeterminen, die die Ukraine-Krise im Blickfeld hatten, zwei Fragen untersucht: Sind Berichterstattung und Kommentierung in den Medien anti-russisch? Und: Hat die Ukraine eine »Stimme« in den Talkshows?

Die erste Frage ist eindeutig mit Nein zu beantworten, obwohl die Titel der Sendungen auf den ersten Blick anderes vermuten lassen. Gemessen an den Politikpräferenzen, die die Gäste der Polittalkshows äußerten, ließ sich feststellen, dass die Entspannungspolitikern gegenüber den Eindämmungspolitikern in der Mehrzahl sind. Der eigens konstruierte Russlandfaktor liegt bis auf drei Ausnahmen über dem Ukrainefaktor. Bei knapp einem Drittel der Sendungen war der Ukrainefaktor gleich Null, d. h. die Ukraine hatte keinen dezidierten Fürsprecher. Insgesamt wäre es aber übertrieben zu sagen, sie habe gar keine Stimme. Eine durchaus bedenkliche Tendenz lässt sich hier festhalten: Die Einschränkung des Medienpluralismus in Russland wirkt sich auf die deutsche Berichterstattung über Russland aus, und zwar ähnlich einschränkend wie in Russland selbst. Wie an den Berufen der Gäste gezeigt wurde, laden Redakteure gerne ihre Journalistenkollegen in die Sendungen ein (38 %). Aufgrund der Verzerrung des Medienwettbewerbs haben meist nur russische staatliche und staatlich kontrollierte Medien die Möglichkeit, Auslandskorrespondenten in Berlin zu unterhalten. Diese werden dann auch vornehmlich zu den Sendungen eingeladen, lediglich bei Phoenix Runde mit der geringsten Einschaltquote kamen auch Journalisten der Deutschen Welle zu Wort.

Die Ukraine mit einer wesentlich pluralistischeren Medienlandschaft, die aber auch deutlich geringere finanzielle Möglichkeiten hat, war somit komparativ eindeutig im Nachteil. Neben Nataliia Fiebrig entsprachen wohl keine anderen ukrainischen Journalisten den Kriterien der Talkshows, dafür wurden schon lange in Deutschland lebende Ukrainer wie Yury Gurzy oder Marina Weisband als Repräsentanten geladen. Näher

betrachtet wurde die Ukraine als exotisches Land behandelt, das von einem ukrainischen Journalisten, Musiker oder Literaten erklärt und vorwiegend von Grünen und Europarlamentariern verteidigt wird. Russlands Fürsprecher kamen aus der russischen Diplomatie und von russischen staatlichen Medien, aus Deutschland

waren es vorwiegend *elder statesmen*, Wirtschaftsvertreter und sozialdemokratische, linke und christdemokratische Politiker. Der Vorwurf, die deutschen Medien seien russophob oder betrieben gar anti-russische Propaganda, ist nach einer Analyse der gängigen Polittalkshows nicht haltbar.

Über den Autor:

Fabian Burkhardt, M.A. ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

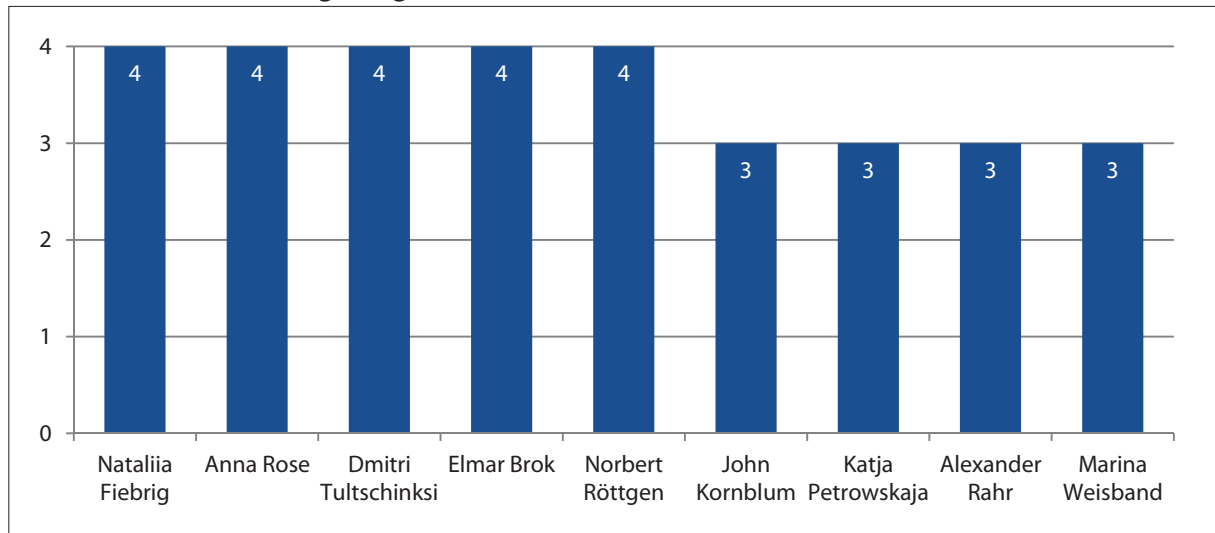
Daten zu den Gästen in deutschen Talkshows zur Ukraine-Krise

Grafik 1: Word Cloud der Sendungstitel



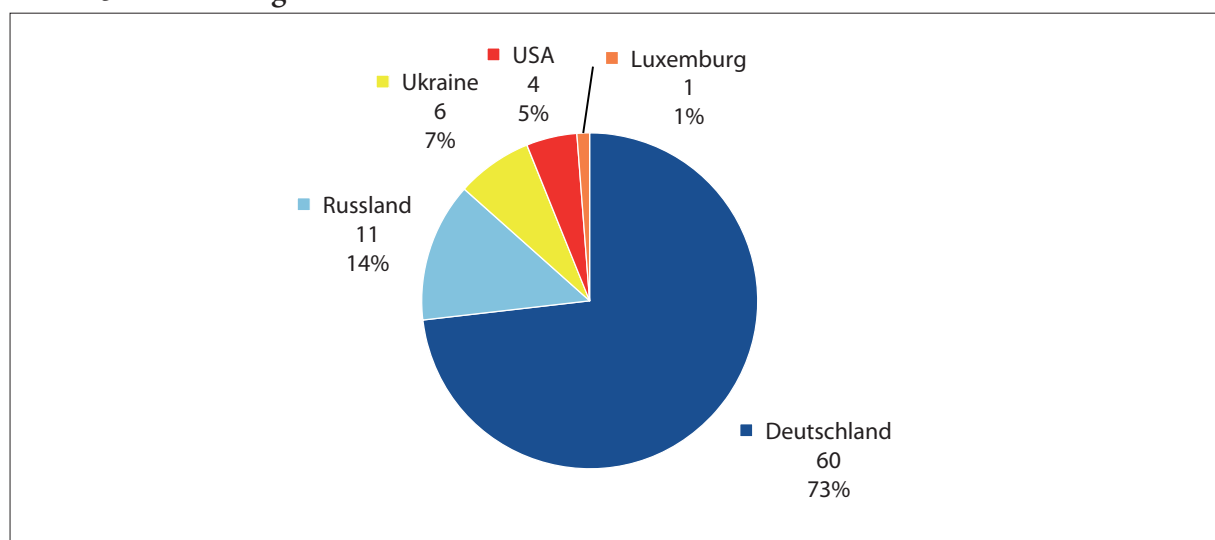
Anmerkung: Die Größe der Wörter entspricht der Häufigkeit, mit der sie in den Überschriften vorkommen, die örtliche Nähe im Bild ihrer Nähe in den Talkshowtiteln. Die word cloud wurde mit der Webseite <<http://www.wordle.net/>> erstellt. Eine Übersichtstabelle mit allen Sendungen und Gästen kann auf folgender Webseite eingesehen werden: <<https://lmu-munich.academia.edu/FabianBurkhard>>

Quelle: Fabian Burkhardt

Grafik 2: Die am häufigsten geladenen Gäste

Anmerkung: Eine Übersichtstabelle mit allen Sendungen und Gästen kann auf folgender Webseite eingesehen werden: <<https://lmu-munich.academia.edu/FabianBurkhardt>>

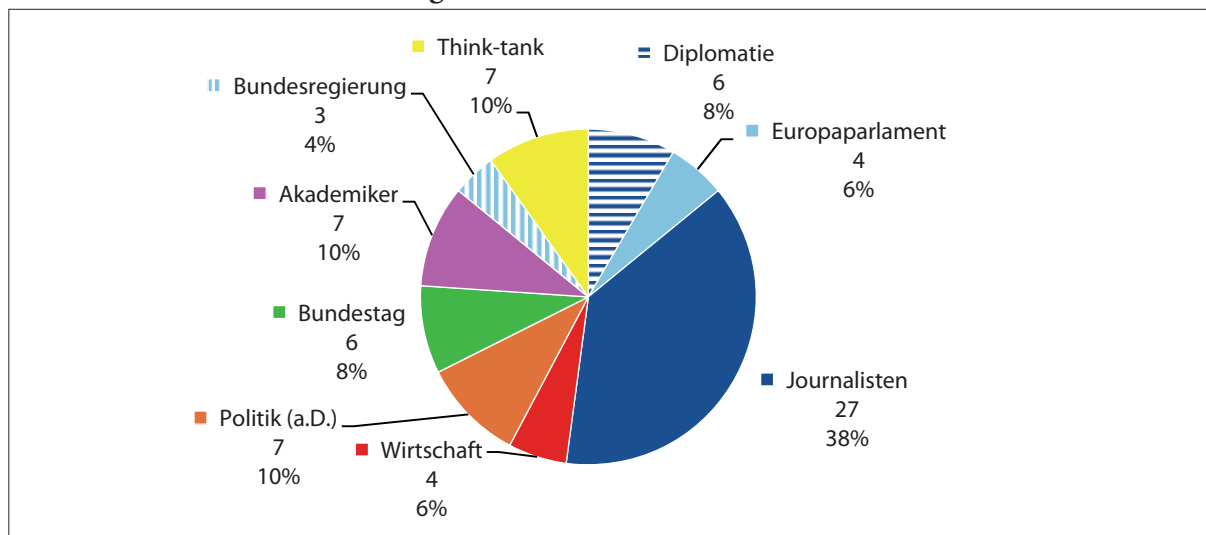
Quelle: Fabian Burkhardt

Grafik 3: Staatsbürgerschaft der Gäste

Anmerkung: Eine Übersichtstabelle mit allen Sendungen und Gästen kann auf folgender Webseite eingesehen werden: <<https://lmu-munich.academia.edu/FabianBurkhardt>>

Quelle: Fabian Burkhardt

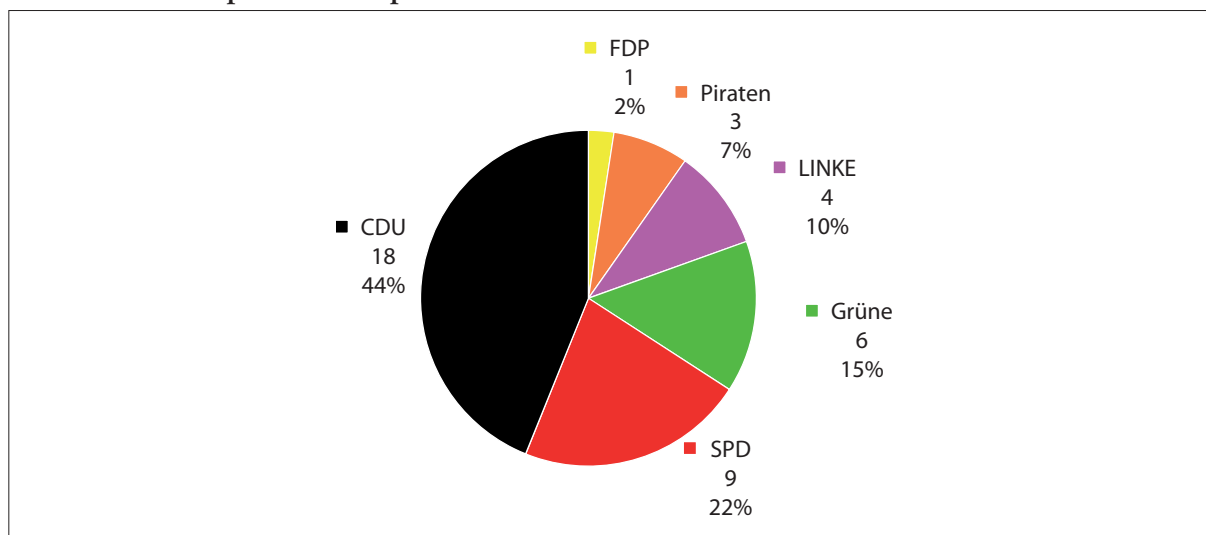
Grafik 4: Der berufliche Hintergrund der Gäste



Anmerkung: Aus Sparsamkeitsgründen wird hier »Journalist« als Oberbegriff für Journalisten, Publizisten, Autoren etc. verwendet. Eine Übersichtstabelle mit allen Sendungen und Gästen kann auf folgender Webseite eingesehen werden: <<https://lmu-munich.academia.edu/FabianBurkhardt>>

Quelle: Fabian Burkhardt

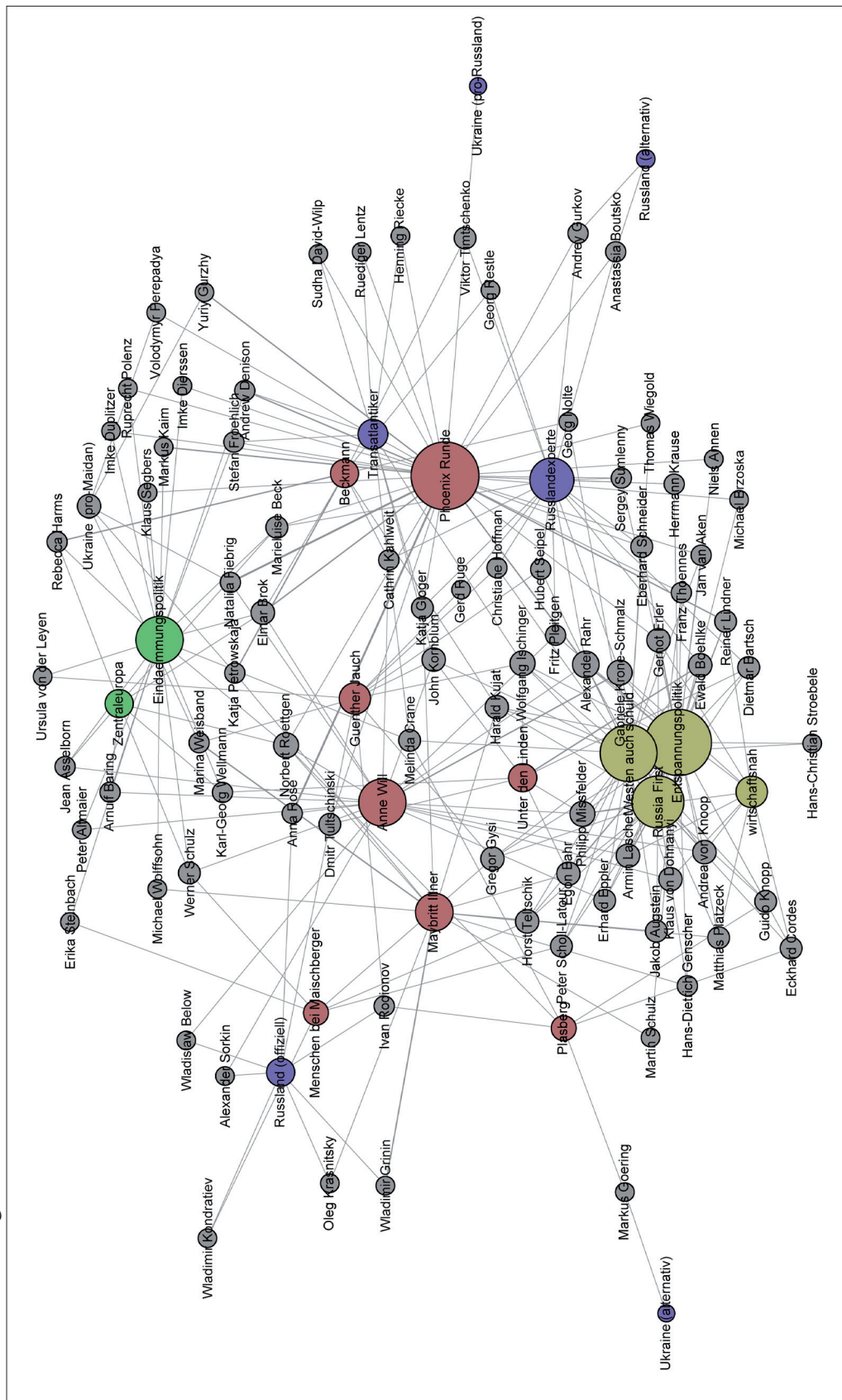
Grafik 5: Parteipolitische Repräsentation nach Anzahl der Auftritte der Politiker



Anmerkung: Hier wurden Politiker a. D., Bundestag, Bundesregierung und Europaparlament für das Kreisdiagramm verwendet. Eine Übersichtstabelle mit allen Sendungen und Gästen kann auf folgender Webseite eingesehen werden: <<https://lmu-munich.academia.edu/FabianBurkhardt>>

Quelle: Fabian Burkhardt

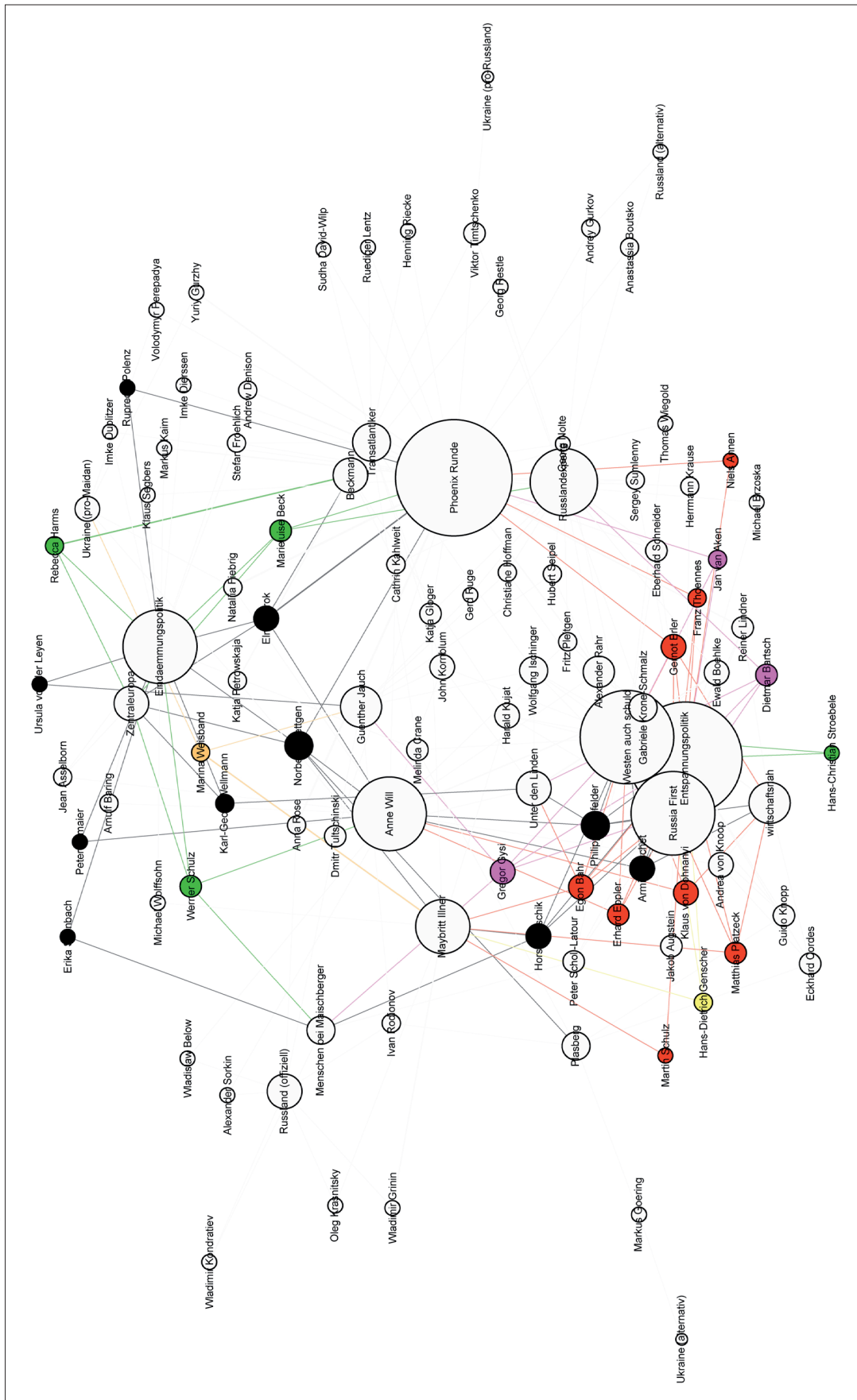
Grafik 6: Ideologische Landkarte der Talkshows mit Gästen



Anmerkung: Das Netzwerk wurde mit der Software Gephi erstellt: <<https://gephi.org/>>. Die Kreise stellen die Sendungen, die Kategorien und die Gäste dar, die Linien die Verbindungen. Die Größe der Kreise gibt einen Hinweis auf die Anzahl der Sendetermine sowie darauf, wie oft Personen eingeladen wurden und wie viele der Personen Kategorien wie beispielsweise Entspannungspolitik zugeordnet wurden. Die Talkshows sind hier in rot markiert, die Kategorien in den Farben Grün und Lila. Eine Übersichtstabelle mit allen Sendungen und Gästen kann auf folgender Webseite eingesehen werden: <<https://lmu-munich.academia.edu/FabianBurkhardt>>

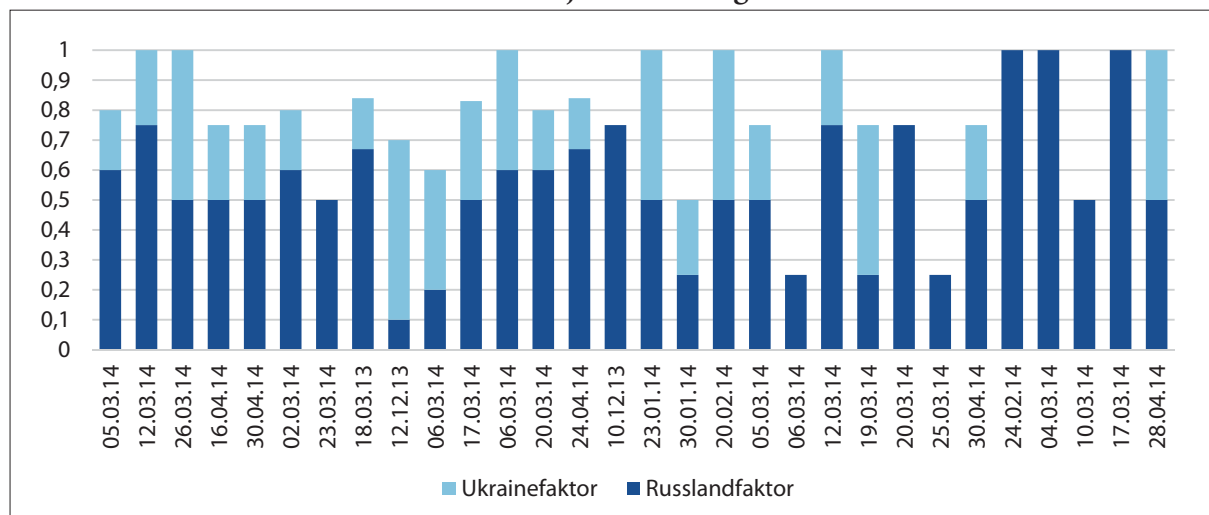
Quelle: Fabian Burkhardt

Grafik 7: Ideologische Landkarte der Talkshows und Gäste (nach politischen Parteien)



Anmerkung: Das Netzwerk wurde mit der Software Gephi erstellt: <<https://gephi.org/>>. Die Kreise stellen die Sendungen, die Kategorien und die Gäste dar, die Linien die Verbindungen. Die Größe der Kreise gibt einen Hinweis auf die Anzahl der Sendetermine sowie darauf, wie oft Personen eingeladen wurden und wie viele der Personen Kategorien wie beispielsweise Entspannungspolitik zugeordnet wurden. Vertreter der CDU sind schwarz, der SPD rot, der Grünen grün, der FDP gelb, der Linken violett und der Piraten orange gekennzeichnet. Eine Übersichtstabelle mit allen Sendungen und Gästen kann auf folgender Webseite eingesehen werden: <<https://imu-munich.academia.edu/FabianBurkhardt>>

Quelle: Fabian Burkhardt

Grafik 8: Russland- und Ukrainefaktor in jeder Sendung

Anmerkung: Russland- und Ukrainefaktor wurden nach dem gleichem Prinzip bestimmt. Die Gesamtzahl der Gäste wird mit 1 beziffert, der Faktor gibt die Zahl der Gäste an, die mit Russland (offiziell) oder Entspannungspolitik (Russlandfaktor) oder mit Ukraine (pro-Maidan, pro-Russland, alternativ) oder Zentraleuropa (Ukrainefaktor) kategorisiert waren. Der Russlandfaktor bei AW2 (Anne Will, zweite Sendung) von 0,75 weist beispielsweise daraufhin, dass drei der vier Gäste mit Entspannungspolitik (Krone-Schmalz, Mißfelder, Dohnanyi) kategorisiert wurden. Der Ukrainefaktor ist hier dementsprechend 0,25 (Fiebrig). Die x-Achse stellt den Zeitpunkt jeder Sendung dar. Eine Übersichtstabelle mit allen Sendungen und Gästen kann auf folgender Webseite eingesehen werden: <<https://lmu-munich.academia.edu/FabianBurkhardt>>

Quelle: Fabian Burkhardt

Tabelle 1: Die Liste der Kategorien, anhand derer die Talkshow-Gäste codiert wurden (Mehrfachcodierung möglich)

Kategorie	Attribute bzw. Erläuterungen
Entspannungspolitik	Dialog mit Russland fortsetzen; man muss mit Russland reden; es geht nicht ohne Russland; Wandel durch Annäherung; Empathie (man muss sich erst mal in den anderen [Russland] hineinversetzen können); Handel fortsetzen; Geduld mit Russland ist gefragt; verfügbare diplomatische Kanäle nutzen. Das Spektrum geht von Apologeten (Rahr, Krone-Schmalz) bis zu solchen, die Russland scharf kritisieren, aber auf diplomatische Mittel setzen (Ischinger).
Eindämpfungspolitik	Meist für Sanktionen gegenüber Russland; Stärkung der NATO in MOE; verstärkte Unterstützung für die Ukraine.
Russia first	Klassische Großmachtpolitik über die mitteleuropäischen Staaten hinweg; Russland als strategischer Partner; Sicherheits-, Wirtschaftsarchitektur von Lissabon bis Wladiwostok
Zentraleuropa	Gegenkategorie zu Russia first; dezidiert für die Unterstützung, Verständnis für die Belange der Länder in MOE; für eine schnelle politische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Eingliederung der Ukraine in westliche Institutionen.
Russlandexperte	neutrale Kategorie; hat sich lange mit dem Land beschäftigt, kann dies gut einem großem Publikum erklären.
Westen auch Schuld	Kritik an EU-/USA-/NATO-/Medienberichterstattung, die eine mehr oder minder große Mitschuld an der Krise haben; Spektrum auch hier sehr breit von dem zurückhaltend argumentierenden Nolte (der zu bedenken gibt, inwieweit das AA kompatibel mit der Zollunion war) bis hin zu dem vehement NATO-, EU-, und medienkritisch argumentierenden und in Moskau vermittelnden Gregor Gysi.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

**Tabelle 1: Die Liste der Kategorien, anhand derer die Talkshow-Gäste codiert wurden
(Mehrfachcodierung möglich) (Fortsetzung)**

Kategorie	Attribute bzw. Erläuterungen
wirtschaftsnah	Vertreter der Wirtschaft (Unternehmen, Dachverband, Lobbyorganisation, Beratungstätigkeit).
Transatlantiker	US-Experte, US-Erklärer; steht in der Regel für ein starkes wirtschaftliches, politisches und sicherheitspolitisches Bündnis mit den USA.
Russland (offiziell)	Russische Staatsbürger, die die offizielle russ. Position vertreten: Russ. Botschaft(er); russ. Staatsmedien (Stimme Russlands, Ria Novosti, Rossiiskaja Gazeta, Russia Today, Ruptly); staatliche kontrollierte Medien (NTV); RAN (Below).
Russland (alternativ)	Russische Staatsbürger, die meist Russland erklären, aber keine offizielle Position einnehmen (bspw. Journalisten der Deutschen Welle).
Ukraine (pro-Maidan)	Ukrainischer Staatsbürger, der den Maidan unterstützt
Ukraine (pro-Russland)	Ukrainischer Staatsbürger, der eine pro-russische Position einnimmt
Ukraine (alternativ)	Ukrainischer Staatsbürger, der keine eindeutige Position bezieht, sondern die Geschehnisse im Land zu erklären versucht.

Quelle: Fabian Burkhardt

Die Lage der Menschenrechte in der Ukraine

Report on the human rights situation in Ukraine (OHCHR, 15 June 2014)

I. Executive Summary

1. The present report is based on findings of the United Nations (UN) Human Rights Monitoring Mission in Ukraine (HRMMU) covering the period of 7 May – 7 June 2014. It follows two reports on the human rights situation in Ukraine released by the Office of the UN High Commissioner for Human Rights (OHCHR) on 15 April and 16 May 2014.
2. During the reporting period, the human rights situation in the Donetsk and Luhansk regions has continued to deteriorate. The 11 March “referendum” on “self-rule” held by the self-proclaimed “Donetsk People’s Republic” and “Luhansk People’s Republic”,¹ albeit without effect under international law, was seen by their representatives as the first step to the creation of a “Novorossia”. In addition, armed groups have continued to physically occupy most of the key public and administrative buildings in many cities and towns of the Donetsk and Luhansk regions, and have declared virtual “independence”, however, the provision of administrative services to the local population remains with the State.
3. The presence of armed people and weapons in the regions of Donetsk and Luhansk has increased. Representatives of the “Donetsk People’s Republic” have recognised the presence within their armed groups of citizens of the Russian Federation, including from Chechnya and other republics of the North Caucasus. In the period following the elections, the HRMMU observed armed men on trucks and armoured vehicles moving around downtown Donetsk in daylight.
4. The escalation in criminal activity resulting in human rights abuses is no longer limited to targeting journalists, elected representatives, local politicians, civil servants and civil society activists. Abductions, detentions, acts of ill-treatment and torture, and killings by armed groups are now affecting the broader population of the two eastern regions, which are now marked by an atmosphere of intimidation and consequent fear. Armed groups must be urged to stop their illegal activities and lay down their arms.
5. There has also been more regular and intense fighting as the Government has been trying to restore peace and security over the eastern regions of Donetsk and Luhansk through security operations involving its armed forces. Local residents of areas affected by the fighting are increasingly being caught in the cross-fire between the Ukrainian military and armed groups, with a growing number of residents killed and wounded, and damage to property. The HRMMU is concerned at the increasing number of reports of enforced disappearances as a result of the security operations. The Government must further use restraint of force, and ensure that its security operations are at all times in line with international standards.²
6. As a result of these developments, residents of the Donetsk and Luhansk regions live in a very insecure environment, coupled with social and economic hardships. Daily life is more and more of a challenge. The HRMMU is gravely concerned that the combination of the increased number of illegal acts by the armed groups, and the intensification of fighting between armed groups and Ukrainian forces is raising serious human rights concerns, including but not limited to, the fate of the general population, especially women and children, in the areas under the control of armed groups.
7. As of 6 June, the departments of social protection in Ukraine’s regions had identified over 12,700 internally displaced persons (IDPs)³. However, the actual number of people who have fled the violence and fighting in the regions of Donetsk and Luhansk is believed to be higher and increasing daily.
8. Freedom of expression continues to be threatened, particularly in the eastern regions, where journalists face ongoing intimidation and threats to their physical security. Hate speech, particularly through social media, continue to fuel tensions and to deepen division between communities.
9. In Crimea, the introduction of Russian Federation legislation, in contradiction with the United Nations General Assembly resolution 68/262 and applicable bodies of international law, hampers the enjoyment of human rights and fundamental freedoms. It has created a legislative limbo as, while Ukrainian legislation was supposed to remain in force until 1 January 2015, the legal institutions and framework are already required to comply with the provisions of legislation of the Russian Federation.

1 Hereafter referred to as the “Donetsk People’s Republic” and the “Luhansk People’s Republic”.

2 Human Rights Watch Letter to former Acting President Turchynov and President-Elect Poroshenko dated 6 June 2014, on the conduct of security operations in south-eastern Ukraine in light of the growing number of credible reports regarding Ukrainian forces’ use of mortars and other weapons in and around populated areas, and the recent intensifying of hostilities between Ukrainian forces and armed groups.

3 As of 16 June, UNHCR estimate there to be 34,336 IDPs in Ukraine. According to the Russian Federation Federal Migration Service, as of 6 June, 2014, 837 persons had applied and were granted refugee status; and 3,750 persons had applied and were granted Temporary Asylum. Approximately 15% were minors under the age of 18. These figures do not include people from Crimea.

10. Residents in Crimea known for their “Pro-Ukrainian” position are intimidated. The HRMMU is concerned that many may face increasing discrimination, particularly in the areas of education and employment. Leaders and activists of the indigenous Crimean Tatar people face prosecution and limitations on the enjoyment of their cultural rights. During the reporting period, the situation of all residents of Crimea has deteriorated with regard to their right to freedoms of expression, peaceful assembly, association, religion or belief.
11. From 14 to 19 May, Assistant Secretary-General (ASG) for Human Rights Ivan Šimonović travelled to Ukraine. During his visits to Kyiv, Donetsk and Odesa, he discussed the 16 May report with the Government, regional and local officials, the Ombudsperson and representatives of civil society, and the international community. The ASG highlighted the importance of prompt follow-up to the recommendations made in the OHCHR report as a means to de-escalate tensions, in particular ahead of the Presidential elections.
12. The investigations under the Office of the Prosecutor General into the Maidan events continued. On 28 May, a Kyiv court sentenced two police officers who subjected a Maidan demonstrator to ill-treatment. On 15 May, relatives of those killed on Maidan, dissatisfied with the perceived slowness of the official investigation, created an initiative group to conduct their own investigation. The HRMMU remains in regular contact with the Office of the Prosecutor General and emphasizes the need for the investigation to be transparent, comprehensive and timely.
13. With respect to the incidents that took place in Odesa on 2 May, it should be noted that six official investigations have been established. The main bodies undertaking such investigations are the Ministry of Interior (MoI) and the State Security Service in Ukraine (SBU). It is with regret that the HRMMU reports a lack of cooperation from both governmental bodies, particularly at the central level with the HRMMU, which has been preventing the HRMMU from conducting a proper assessment of the progress made. The HRMMU reiterates the need for prompt and thorough investigations into the violent incidents on 2 May in Odesa. Some key questions must be addressed to ensure confidence in the investigation and to guarantee accountability, due process and to enable the communities to accept fully the results of such an investigation. Among those questions are the conduct of the police on 2 May: why it, and the fire brigade, either did not react, or were slow to react; what caused the fire in the Trade Union building; who are the perpetrators of the killings in the afternoon and the fire in the evening; and what measures are being taken to guarantee justice for the victims, and due process for the people detained in connection with these events. Furthermore, the Government must pay particular attention to ensure social media is not used for hate speech or incitement to hatred.
14. A key development during the reporting period was the Presidential election held on 25 May 2014. There were 21 candidates officially on the ballot. On 3 June, the Central Election Commission (CEC) confirmed that Mr. Petro Poroshenko had won with 54.7% of the vote. In the regions of Donetsk and Luhansk, attacks had taken place every day during the week preceding the elections and multiplied on election day, with violent obstruction of polling stations. The pattern of such attacks consisted of representatives of the “Donetsk People’s Republic” and the “Luhansk People’s Republic” and armed men entering the premises of the district election commissions, threatening staff and sometimes beating and/or abducting them, often taking away voters’ lists, computers and official documents. In some cases, the premises of these commissions were seized and blocked; others had to close either because they became inoperative, or for security reasons the staff were frightened to come back. Several attacks against district election commissions and polling stations were reported just prior to, and on, the election day, with armed men entering polling stations, forcing them to close and/or destroying or stealing ballot boxes. These illegal acts prevented many people living in the Donetsk and Luhansk regions to exercise their right to vote.
15. Residents of Crimea had to go to mainland Ukraine to vote. The HRMMU monitored the situation in the Khereson region, where most of the Crimean voters had registered, and spoke to representatives of the Crimean Tatars. As they crossed the administrative border by car to go to vote, representatives of “self-defence forces” reportedly recorded various personal details, including car license plates and passport numbers. The HRMMU was informed that many Crimean Tatars did not go to vote due to the cost of travelling, concerns about crossing the administrative border, and fear of reprisals by the authorities in Crimea.
16. During the reporting period, the Government of Ukraine continued to implement the Geneva Statement.⁴ National roundtables on constitutional reform, decentralization, minority rights and the rule of law were held in Kyiv on

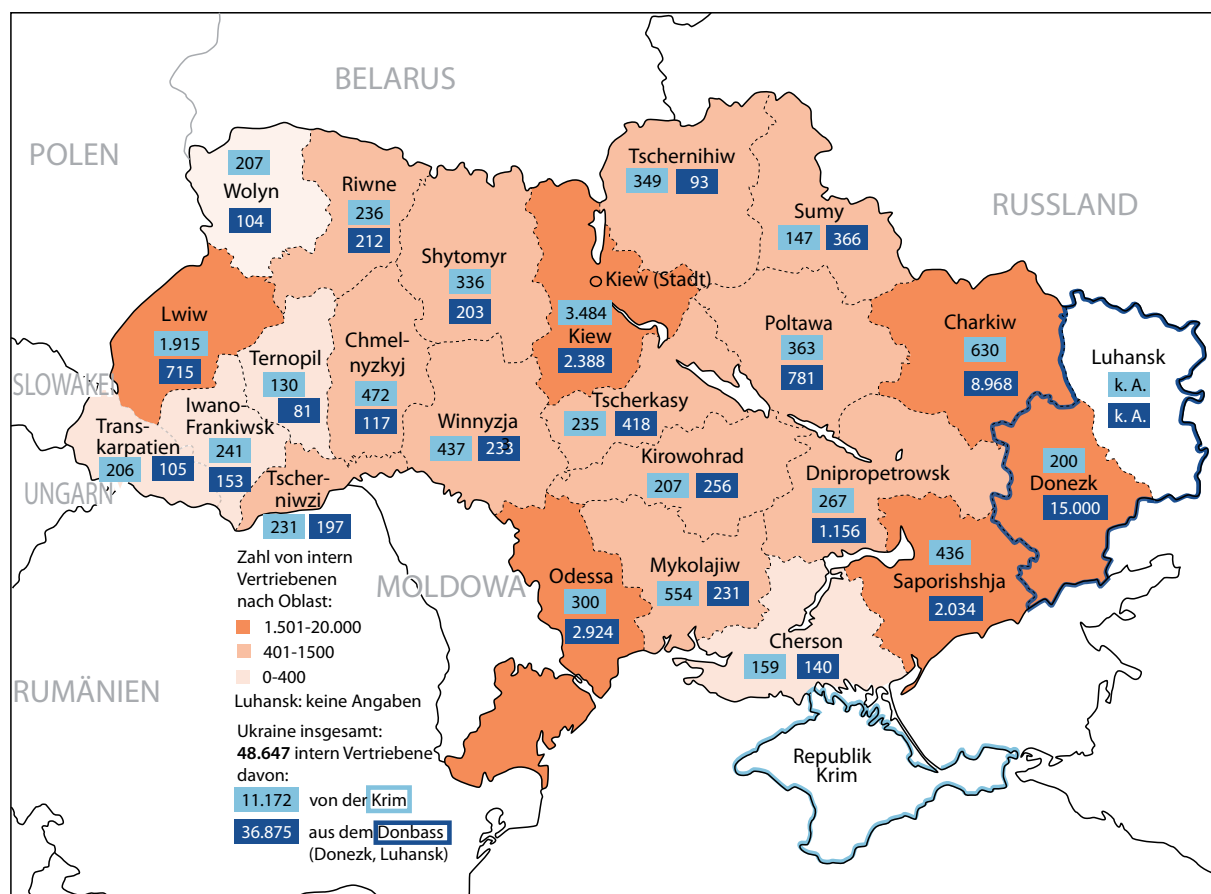
⁴ The Geneva Statement on Ukraine was issued on 17 April 2014 by representatives of the European Union, United States, Ukraine and the Russian Federation. It sets out the agreed initial concrete steps to de-escalate tensions and restore security for all: (1) All sides must refrain from any violence, intimidation or provocative actions; (2) All illegal armed groups must be disarmed; all illegally seized buildings must be returned to legitimate owners; all illegally occupied public offices must be vacated; (3) Amnesty should be granted to the protestors who left seized buildings and surrendered weapons, with the exception of those found guilty of capital crimes; and (4) The announced constitutional process will be inclusive, transparent and accountable carried out through a broad national dialogue.

14 May, in Kharkiv on 17 May, and in Mykolaiv on 21 May. These meetings brought together former Presidents Kravchuk and Kuchma, Prime Minister Yatsenyuk, political party leaders, members of the business community and other civil society organizations. In Kharkiv, Prime Minister Yatsenyuk declared that the Constitution should be amended in order to provide a special status for the Russian language and national minority languages.

17. On 13 May, the Parliament adopted the Law "On amending some legislative acts in the area of state anti-corruption policy in connection with the implementation of the European Union (EU) Action Plan on the liberalisation of the visa regime for Ukraine". The Law provides for more stringent penalties for corruption offences committed by individuals or legal entities.
18. On 20 May, Parliament adopted by resolution No. 4904 the Memorandum of Concord and Peace, which was drafted during the roundtable on national unity in Kharkiv on 17 May, and discussed on 21 May in Mykolaiv. Supported by 252 votes (all deputies except the Communist Party of Ukraine and Svoboda), the document foresees that the adoption of a constitutional reform package, including the decentralization of power and a special status for the Russian language; judicial and police reform, and the adoption of an amnesty law for anti-government protesters in the east who would accept giving up weapons, except for those who have committed serious crimes against life and physical integrity. The Parliament called on all to work together to protect, promote and build a democratic Ukraine, and the peaceful coexistence of all nationalities, religions and political convictions.

Quelle: <<http://www.ohchr.org/Documents/Countries/UA/HRMMURreport15June2014.pdf>>

Grafik 1: Intern Vertriebene in der Ukraine nach Gebieten



Stand: 23. Juni 2014

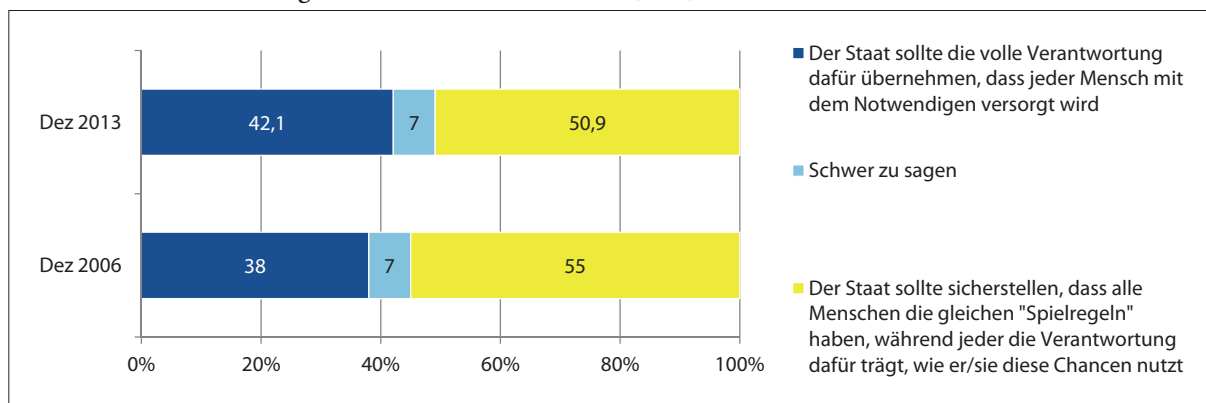
Quelle: UN Refugee Agency, <<http://unhcr.org.ua/en/2011-08-26-06-58-56/news-archive/1244-internal-displacement-map>>;

Karte: <<http://english.freemap.jp/blankmap/>>

UMFRAGE

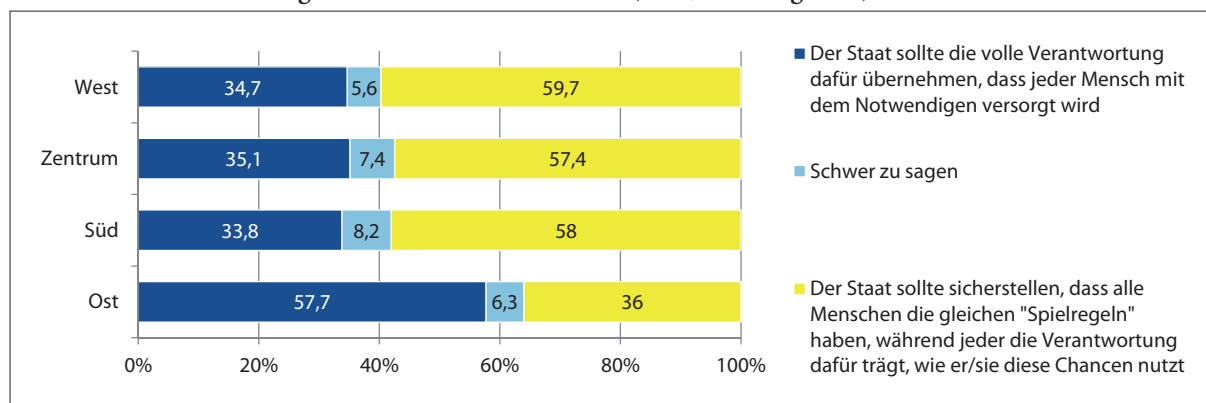
Die paternalistische Haltung der Ukrainer

Grafik 1: Welche Aussage trifft auf Sie am ehesten zu? (in %)



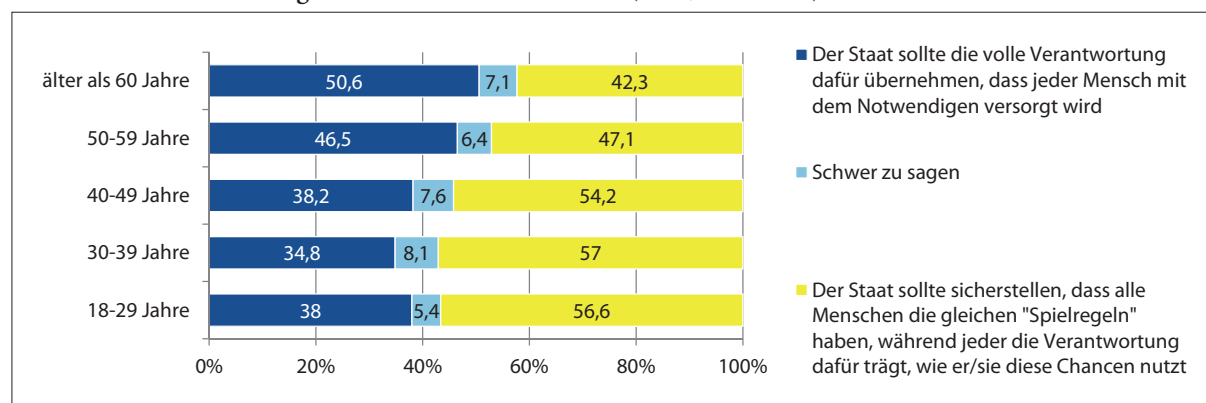
Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF), zusammen mit dem Razumkow-Zentrum, im Mai 2013. Veröffentlicht in: Julia Iltschuk, »Paternalistski nastroii w Ukraini«, Hromadska dumka 13/2013, <http://dif.org.ua/modules/pages/files/1394199961_2916.pdf>

Grafik 2: Welche Aussage trifft auf Sie am ehesten zu? (in %, nach Regionen)



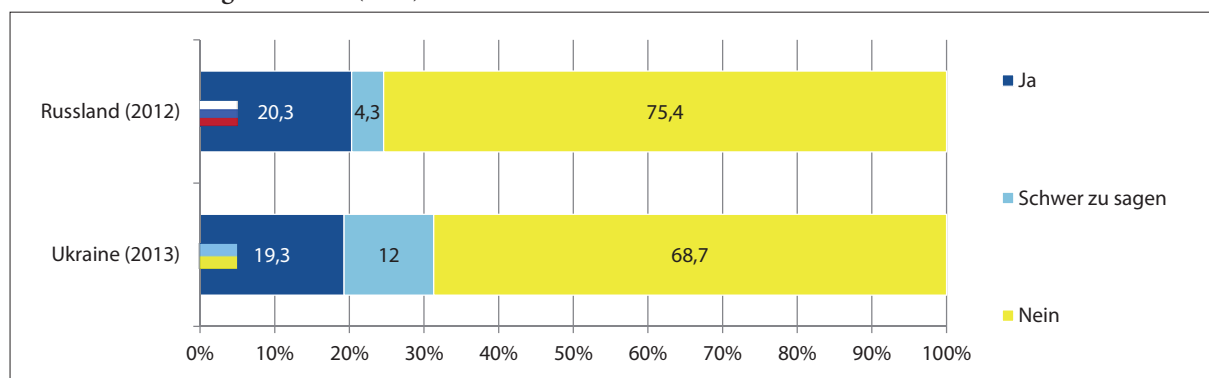
Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF), zusammen mit dem Razumkow-Zentrum, im Mai 2013. Veröffentlicht in: Julia Iltschuk, »Paternalistski nastroii w Ukraini«, Hromadska dumka 13/2013, <http://dif.org.ua/modules/pages/files/1394199961_2916.pdf>

Grafik 3: Welche Aussage trifft auf Sie am ehesten zu? (in %, nach Alter)



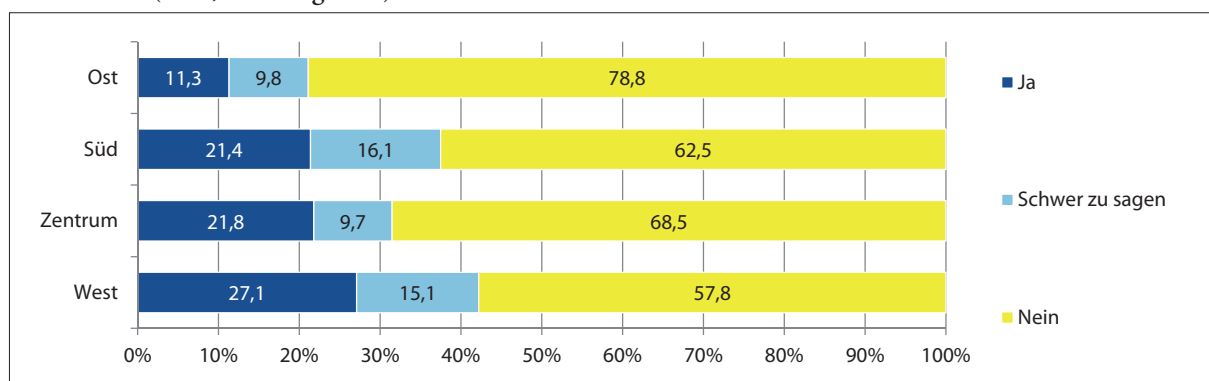
Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF), zusammen mit dem Razumkow-Zentrum, im Mai 2013. Veröffentlicht in: Julia Iltschuk, »Paternalistski nastroii w Ukraini«, Hromadska dumka 13/2013, <http://dif.org.ua/modules/pages/files/1394199961_2916.pdf>

Grafik 4: Was denken Sie, wird die Mehrheit der Bevölkerung in Ihrem Land in der Lage sein, ohne staatliche Fürsorge zu leben? (in %)



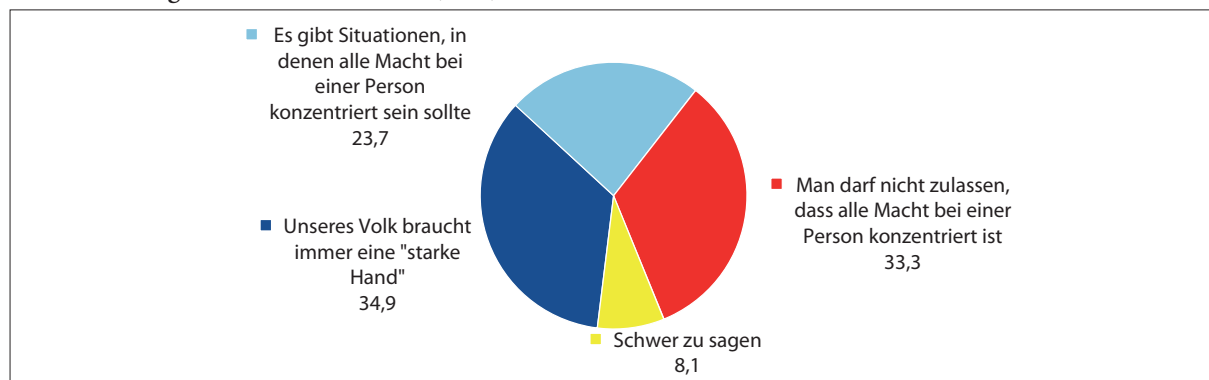
Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF), zusammen mit dem Razumkow-Zentrum, im Mai 2013. Veröffentlicht in: Julia Iltchuk, »Paternalistski nastroi w Ukraini«, Hromadska dumka 13/2013, <http://dif.org.ua/modules/pages/files/1394199961_2916.pdf>

Grafik 5: Was denken Sie, wird die Mehrheit der Ukrainer in der Lage sein, ohne staatliche Fürsorge zu leben? (in %, nach Regionen)



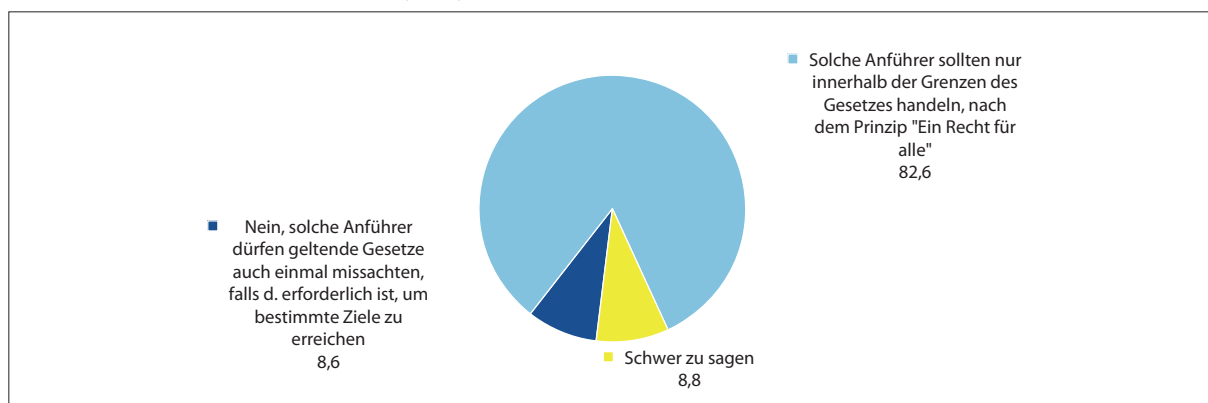
Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF), zusammen mit dem Razumkow-Zentrum, im Mai 2013. Veröffentlicht in: Julia Iltchuk, »Paternalistski nastroi w Ukraini«, Hromadska dumka 13/2013, <http://dif.org.ua/modules/pages/files/1394199961_2916.pdf>

Grafik 6: Gibt es Ihrer Meinung nach Situationen im Leben, in denen die Menschen einen starken und mächtigen Anführer brauchen? (in %)



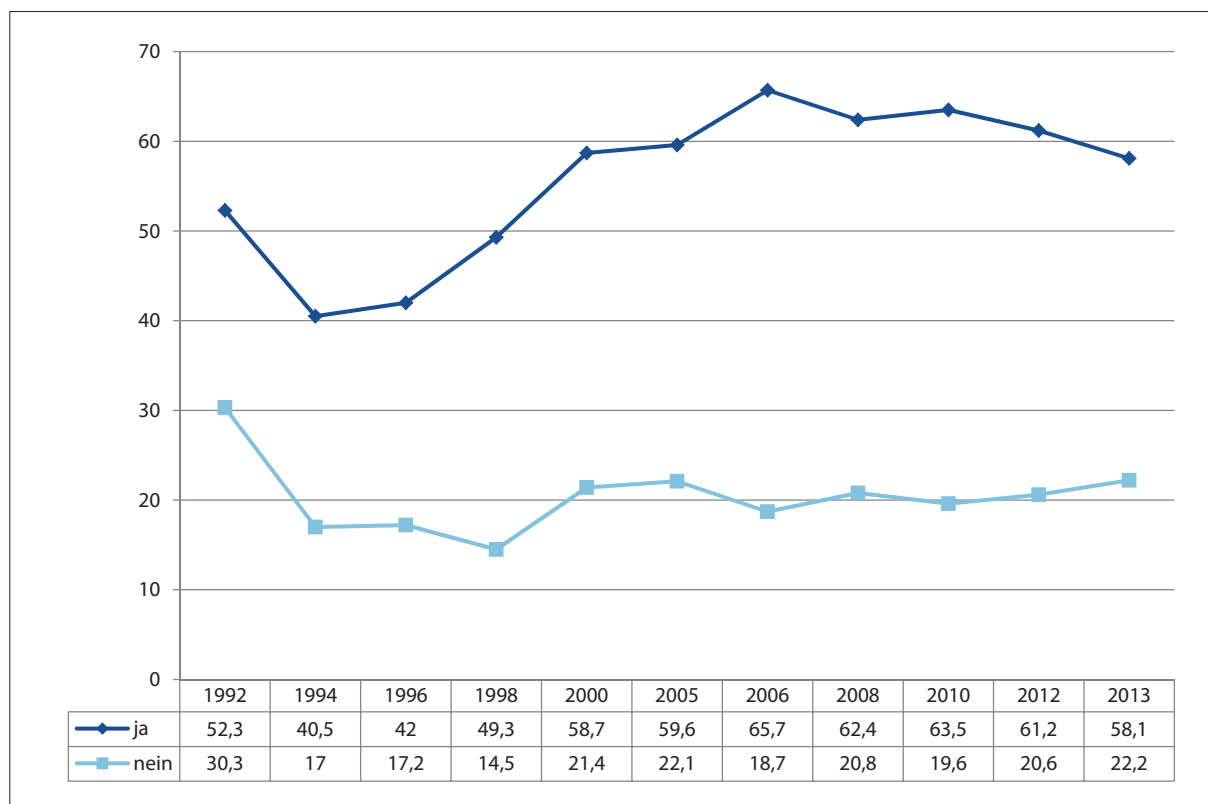
Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF), zusammen mit dem Razumkow-Zentrum, im Mai 2013. Veröffentlicht in: Julia Iltchuk, »Paternalistski nastroi w Ukraini«, Hromadska dumka 13/2013, <http://dif.org.ua/modules/pages/files/1394199961_2916.pdf>

Grafik 7: Sollten die Anführer Ihrer Meinung nach mit einer »starken Hand« alle geltende Gesetze in der Gesellschaft beachten? (in %)



Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen (DIF), zusammen mit dem Razumkow-Zentrum, im Mai 2013. Veröffentlicht in: Julia Iltschuk, »Paternalistski nastroi w Ukraini«, Hromadska dumka 13/2013, <http://dif.org.ua/modules/pages/files/1394199961_2916.pdf>

Grafik 8: Stimmen Sie der Aussage zu, dass ein paar starke Anführer mehr für unser Land tun können als alle Gesetze und Diskussionen?



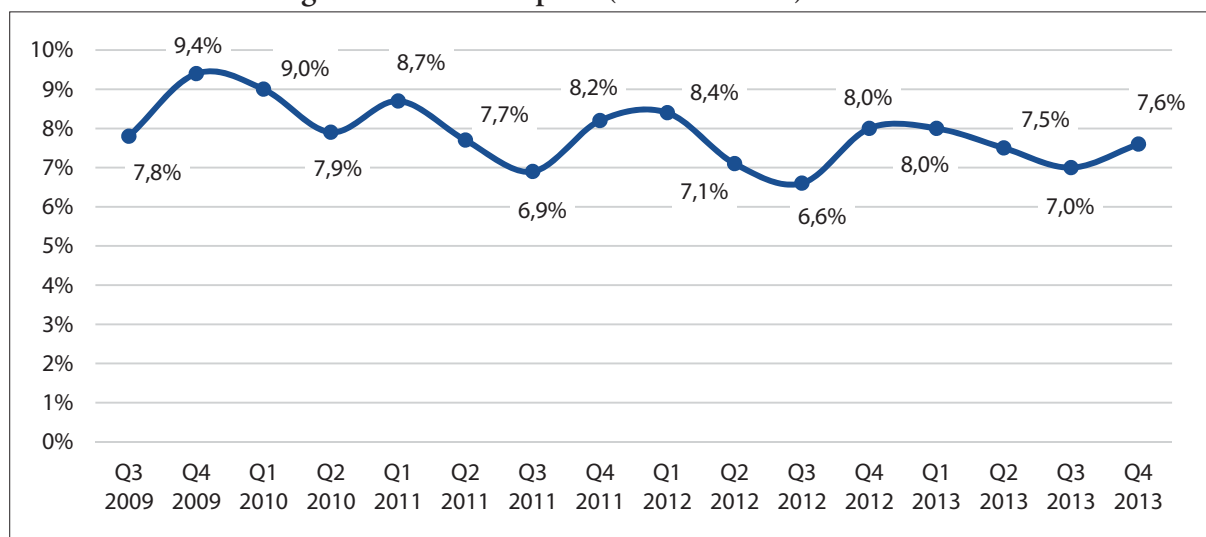
Anmerkung: Die Antworten »ich weiß nicht« und »keine Antwort« sind hier nicht angegeben, für die vollständige Umfrage siehe die Quelle.

Quelle: repräsentative Umfrage des Instituts für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine, »Ukrainische Gesellschaft 1992–2013. Zustand und Veränderungsdynamik«, S. 471, <<http://li-soc.com.ua/institute/soc-mon-2013.pdf>>

STATISTIK

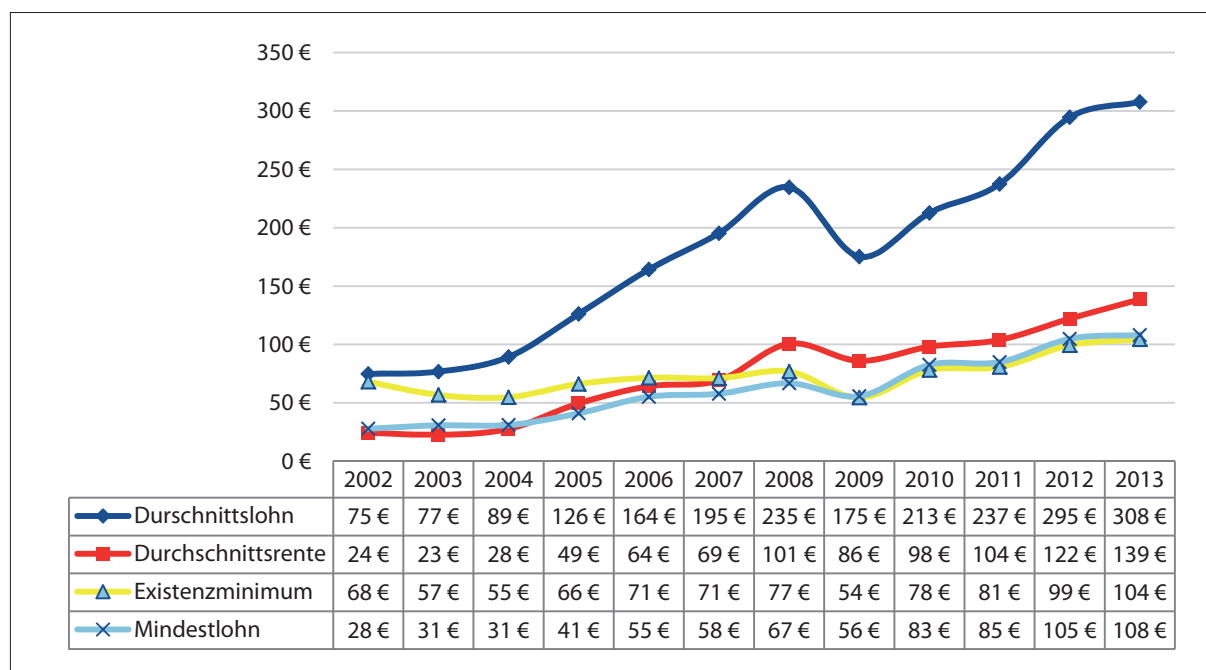
Aktuelle Sozialdaten

Grafik 1: Entwicklung der Arbeitslosenquote (ILO-Methode)



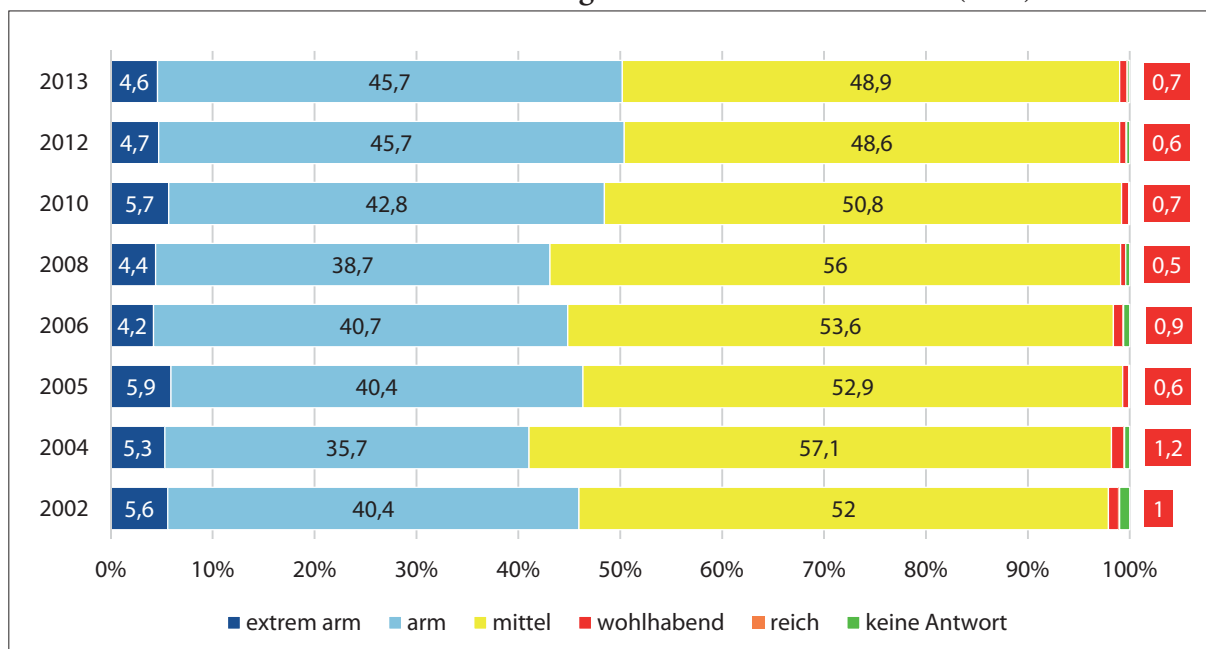
Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor.

Grafik 2: Entwicklung des durchschnittlichen Monatslohns, der Durchschnittsrente, des Existenzminimums und des Mindestlohns in Euro

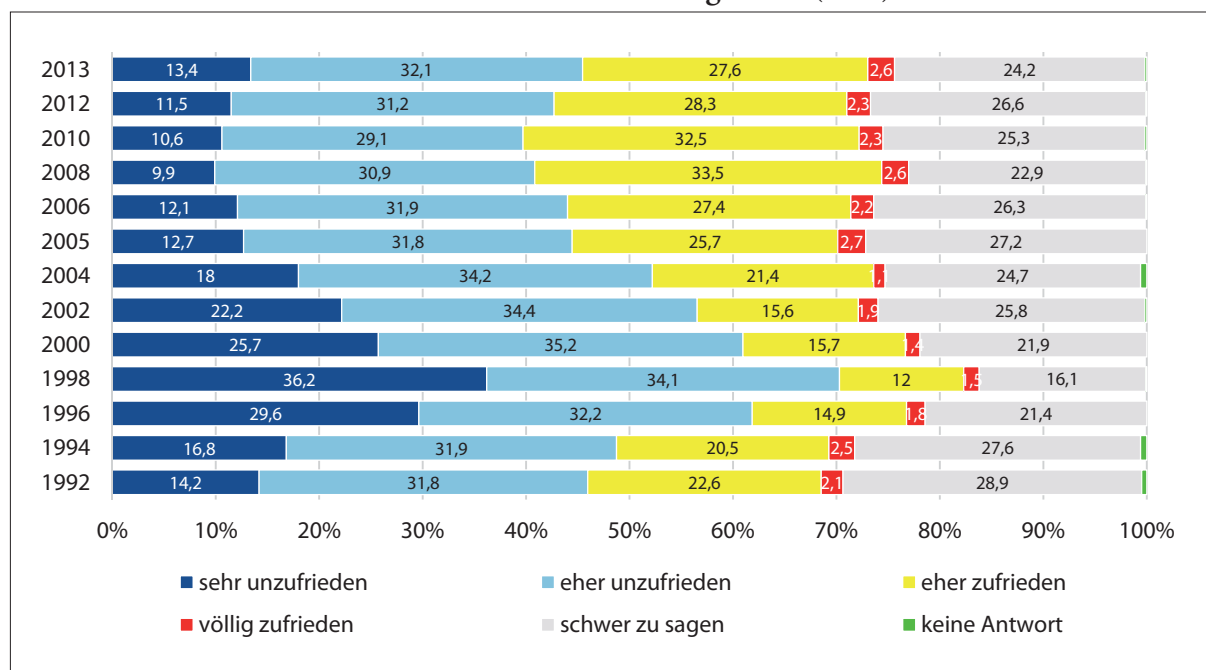


Anmerkung: Existenzminimum und Mindestlohn jeweils zu Beginn des Jahres.

Quelle: Durchschnittslohn und Durchschnittsrente vom Ukrainischen Statistikamt, <www.ukrstat.gov.ua>, Existenzminimum entsprechend der Gesetze auf <<http://zakon2.rada.gov.ua>>, Mindestlohn vom Finanzministerium der Ukraine, <<http://index.minfin.com.ua/index/salary/>>

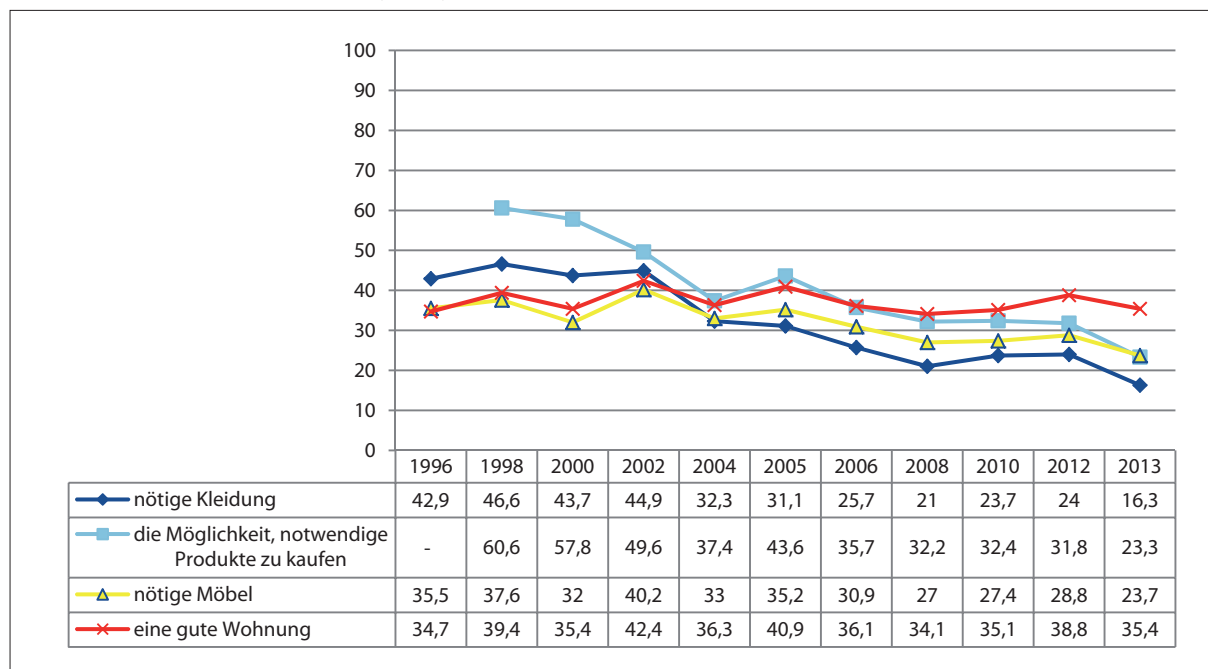
Grafik 3: Wie würden Sie die finanzielle Lage Ihrer Familie einschätzen? (in %)

Quelle: repräsentative Umfrage des Instituts für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine, »Ukrainische Gesellschaft 1992–2013. Zustand und Veränderungsdynamik«, <<http://i-soc.com.ua/institute/soc-mon-2013.pdf>>

Grafik 4: Wie zufrieden sind Sie mit Ihrem Leben insgesamt? (in %)

Quelle: repräsentative Umfrage des Instituts für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine, »Ukrainische Gesellschaft 1992–2013. Zustand und Veränderungsdynamik«, <<http://i-soc.com.ua/institute/soc-mon-2013.pdf>>

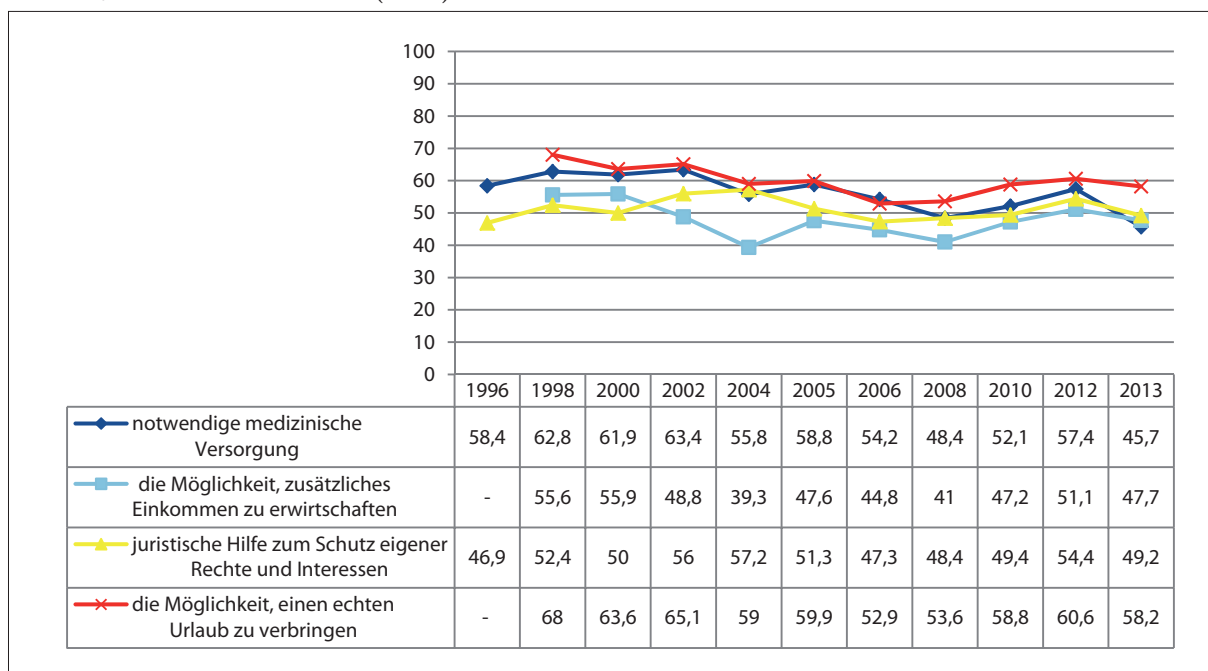
Grafik 5a: Was fehlt Ihnen? (in %)



Anmerkung: Angegeben sind nur die Antworten »es fehlt ...«, andere Varianten der Antworten wie etwa »schwer zu sagen«, »genügt«, »interessiert mich nicht«, »keine Antwort« wurden hier nicht berücksichtigt.

Quelle: repräsentative Umfrage des Instituts für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine, »Ukrainische Gesellschaft 1992–2013. Zustand und Veränderungsdynamik«, <<http://i-soc.com.ua/institute/soc-mon-2013.pdf>>

Grafik 5b: Was fehlt Ihnen? (in %)



Anmerkung: Angegeben sind nur die Antworten »es fehlt ...«, andere Varianten der Antworten wie etwa »schwer zu sagen«, »genügt«, »interessiert mich nicht«, »keine Antwort« wurden hier nicht berücksichtigt.

Quelle: repräsentative Umfrage des Instituts für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine, »Ukrainische Gesellschaft 1992–2013. Zustand und Veränderungsdynamik«, <<http://i-soc.com.ua/institute/soc-mon-2013.pdf>>

CHRONIK

9. – 22. Juni 2014

09.06.2014	Die Angriffe separatistischer Kämpfer auf Grenzposten und Armeestützpunkte in den Gebieten Donezk und Luhansk dauern an. In Artemowsk wird ein Stützpunkt aus einem Granatwerfer beschossen.
09.06.2014	Der neue Kiewer Bürgermeister Witalij Klitschko ernennt den Juristen Ihor Nikonow zu seinem Chefberater. Nikonow ist ein Vertrauter und Geschäftsberater des einflussreichen Unternehmers Dmytro Firtasch.
09.06.2014	In Mariupol stirbt ein Wachmann eines Cafés bei einer bewaffneten Auseinandersetzung mit zwei separatistischen Kämpfern.
09.06.2014	Bei einem Treffen gelangen Vertreter Russlands, der Ukraine und der OSZE laut dem ukrainischen Außenministerium zu einem geteilten Verständnis der Lage in den Konfliktregionen und einigen sich auf Schritte zur Deeskalation der Lage.
09.06.2014	Bei einem Feuergefecht in Slawjansk kommt ein achtjähriges Kind ums Leben.
10.06.2014	Nach Informationen von Beobachtern werden bei einem Angriff der Armee am Flughafen von Kramatorsk im Gebiet Donezk etwa 40 Separatisten getötet.
10.06.2014	Präsident Petro Poroschenko ordnet die Einrichtung eines sicheren Korridors für Flüchtlinge aus den Gebieten der Anti-Terror-Operation an.
10.06.2014	Die ukrainisch-russische Grenze ist an einigen Stellen nicht mehr unter der Kontrolle der Zentralregierung. Am Kontrollpunkt »Dowschanskij« im Gebiet Luhansk führen Separatisten die Abfertigung zusammen mit der örtlichen Polizei durch.
10.06.2014	Bei einer Explosion in Slawjansk sterben zwei Kinder im Alter von sechs und zwölf Jahren.
10.06.2014	Präsident Petro Poroschenko ernennt seinen früheren Geschäftspartner, den aus Charkiw stammenden Großunternehmer Boris Loschkin, zum Chef der Präsidialverwaltung. Swjatoslaw Zeholko, Journalist von Poroschenkos »5. Kanal« wird Pressesprecher des Präsidenten. Boris Loschkin wird in der Ukraine als »Selfmademan« und guter Manager wahrgenommen.
10.06.2014	Bei einem Treffen der Außenminister Deutschlands, Polens und Russlands erklärt Sergej Lawrow, dass Russland im Falle der Unterzeichnung des Assoziationsabkommens zwischen der Ukraine und der EU keine Sanktionen verhängen werde. Er kündigt jedoch an, dass das Freihandelsabkommen mit der Ukraine außer Kraft gesetzt werde.
10.06.2014	Bei einer bewaffneten Auseinandersetzung in Artemowsk kommen mehrere Menschen ums Leben.
11.06.2014	Russland verlängert ein weiteres Mal die Frist, in der die Ukraine ihre Gasschulden begleichen kann, bevor auf Vorauszahlung umgestellt wird. Das Ultimatum läuft bis zum 16. Juni 2014.
11.06.2014	Die Weltbank prognostiziert für 2014 einen Rückgang des Bruttoinlandsproduktes der Ukraine um fünf Prozent.
11.06.2014	Der Anführer der Separatisten im Gebiet Donezk, Denis Puschilin, reist auf unbekannten Wegen nach Russland aus. Er ist in der Ukraine wegen der Gründung einer terroristischen Organisation angeklagt.
11.06.2014	Präsident Petro Poroschenko schließt einen runden Tisch unter Beteiligung separatistischer Kräfte zur Umsetzung seines Friedensplans nicht aus.
12.06.2014	In einem Schacht bei Donezk kommt es zu einer Explosion freigesetzten Gases. Neun Bergarbeiter kommen ums Leben.
12.06.2014	Separatisten transportieren 16 Waisenkinder aus dem umkämpften Sneschnoe in einem Bus nach Russland, wo sie in einem Flüchtlingslager in Nowoschachtinsk untergebracht werden.
12.06.2014	In Makijiwka bei Donezk werden drei russische Panzer gesichtet. Innenminister Arsen Awakow erklärt, dass Waffen und Ausrüstung über Russland in die Ukraine gelangen würden.
12.06.2014	Bei einem Telefongespräch zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko erkennt Wladimir Putin Poroschenko zum ersten Mal als Präsident der Ukraine an.
12.06.2014	Im Zentrum von Donezk explodiert ein Kleinbus des Separatistenführers Denis Puschilin. Drei Menschen kommen ums Leben.
13.06.2014	Soldaten der ukrainischen Armee geraten nahe der russischen Grenze in einen Hinterhalt. Mindestens zwei sterben bei der Attacke der Separatisten.
13.06.2014	In Mariupol kommen fünf separatistische Kämpfer bei einem Angriff der Armee ums Leben.
13.06.2014	Vier Soldaten sterben bei Gefechten in den Gebieten Donezk und Luhansk.
13.06.2014	Bei einem versehentlichen Angriff separatistischer Kämpfer auf einen Markt in Dobropolje kommt ein junger Mann ums Leben.

13.06.2014	Die 16 Waisenkinder, die am 12. Juni 2014 nach Russland verbracht worden sind, kehren per Flugzeug in die Ukraine zurück. Sie landen in Dnipropetrowsk. Zuvor hatte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte verfügt, dass die Kinder unverzüglich in die Ukraine zurückzubringen seien.
14.06.2014	Bei einem Angriff auf ein mit Grenzschildern besetztes Auto bei Mariupol kommen fünf Menschen ums Leben.
14.06.2014	Russische Grenzschilder nehmen auf der ukrainischen Seite der Grenze eine Journalistin des Freiwilligen-Senders Hromadske TV fest.
14.06.2014	Die USA bestätigen die Information, nach der am 12. Juni 2014 drei russische Panzer ins Staatsgebiet der Ukraine eingedrungen sein sollen. Zwei der Panzer sind nach Angriffen im Rahmen der Anti-Terror-Operation bereits zerstört worden.
14.06.2014	In Luhansk schießen Separatisten ein Flugzeug der ukrainischen Armee ab. Alle 49 Insassen, darunter neun Besatzungsmitglieder und 40 Soldaten, kommen ums Leben. Die Staatsanwaltschaft leitet ein Verfahren wegen Terrorismus ein. Präsident Petro Poroschenko droht mit einer »Antwort«.
14.06.2014	In Kiew protestieren 300 bis 400 Menschen vor der russischen Botschaft. Einige Protestierende werfen Steine und Rauchgranaten und entfernen die russische Flagge vom Gebäude. Die Demonstration dauert bis in die Nacht. Der kommissarische Außenminister Andrij Deschtschiza stimmt bei dem Versuch, die Menge zu beruhigen, in ein beleidigendes Lied auf den russischen Präsidenten Wladimir Putin ein.
15.06.2014	Bei Slawjansk greifen Separatisten einen Posten der Armee an. Drei von ihnen werden getötet.
16.06.2014	Die Gespräche zwischen Russland und der Ukraine im Gasstreit enden ohne Einigung. Der russische Energiekonzern Gazprom führt Vorauszahlung für seine Lieferungen in die Ukraine ein. Die Frist für die Rückzahlung der Gasschulden sei abgelaufen, erklären Vertreter des Konzerns. Gazprom reicht überdies beim Stockholmer Schiedsgericht Klage gegen den ukrainischen Energiekonzern Naftohaz wegen der Zahlungsrückstände von etwa 4,5 Mrd. US-Dollar ein. Auch Naftohaz klagt vor der Handelskammer gegen Gazprom und fordert einen fairen Gaspreis.
16.06.2014	Der Energieminister Jurij Prodan erklärt, die russische Seite habe mitgeteilt, dass die Gaslieferungen eingestellt worden seien.
16.06.2014	Präsident Petro Poroschenko schlägt einen zeitlich begrenzten Waffenstillstand vor, der es Separatisten ermöglichen soll, ihre Waffen niederzulegen. Bedingung für einen solchen Waffenstillstand sei jedoch, dass die ukrainischen Grenzschilder wieder die volle Kontrolle über die ukrainisch-russische Grenze erlangen.
16.06.2014	Bewaffnete Unbekannte besetzen das Gebäude der Staatsanwaltschaft in Donezk.
17.06.2014	Laut einem Bericht der Vereinten Nationen sind aus den beiden östlichen Provinzen der Ukraine, in denen die Anti-Terror-Operation durchgeführt wird, bereits etwa 34.000 Menschen geflohen. In den vergangenen Monaten kamen dort über 300 Menschen ums Leben.
17.06.2014	Bei einem Zusammenstoß der ukrainischen Armee und einer Gruppe Separatisten im Osten des Gebietes Luhansk werden mehrere Kämpfer getötet.
17.06.2014	Ein Journalist des russischen Fernsehsenders »Rossija« erliegt in einem Luhansker Krankenhaus seinen Verletzungen.
17.06.2014	In der Region Poltawa kommt es zu einer Explosion an einer Pipeline, die russisches Gas in die Slowakei transportiert. Die ukrainischen Behörden gehen von einem Terroranschlag aus.
17.06.2014	Vier ukrainische Soldaten kommen bei Kämpfen in der Nähe des Dorfes Metallist im Gebiet Luhansk ums Leben.
17.06.2014	In der Zone der Anti-Terror-Operation in den Gebieten Donezk und Luhansk tritt der angekündigte Waffenstillstand ein. Tote und Verletzte beider Seiten werden geborgen.
17.06.2014	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, nach dem die Bewohner der Krim auf dem Festland der Ukraine ihre Ausbildung oder ihr Studium auf Staatskosten fortsetzen können.
18.06.2014	Russland verlangt von Kiew die Rückzahlung der ersten Tranche des im Dezember 2013 ausgezahlten Kredits in Höhe von drei Milliarden US-Dollar.
18.06.2014	Im Rahmen seines Friedensplans kündigt Präsident Petro Poroschenko an, eine einseitige Waffenruhe anzuordnen, um den Separatisten Gelegenheit zu geben, ihre Waffen niederzulegen und gegebenenfalls nach Russland zurückzukehren. Ein weiteres zentrales Element des Friedensplans ist laut Poroschenko eine Verfassungsänderung zur Dezentralisierung.
18.06.2014	Der ukrainische Konzern Ukrtransgaz erklärt, dass ab dem 1. September 2014 Gas aus der Slowakei in die Ukraine geliefert werden könne.
19.06.2014	Das Parlament ernannt Witalij Jarema zum Generalstaatsanwalt. Der ukrainische Botschafter in Deutschland, Pawlo Klimkin, wird zum Außenminister ernannt.

19.06.2014	NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen berichtet, dass erneut russische Truppen an der Grenze zur Ukraine zusammengezogen würden.
19.06.2014	Bei Slawjansk werden in Kämpfen mit Separatisten 20 Soldaten der ukrainischen Armee getötet.
19.06.2014	Militärbeobachter der ukrainischen Seite verbreiten die Nachricht, dass bei Jampil und Sakitne im Gebiet Donezk bis zu 300 separatistische Kämpfer getötet worden seien. Sieben Soldaten der ukrainischen Armee seien ums Leben gekommen.
19.06.2014	Das Parlament erlässt eine Änderung des Strafrechts, nach der die Finanzierung von Separatismus mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft wird.
20.06.2014	Präsident Petro Poroschenko besucht die Krisenregion Donbass und präsentiert den Verwaltungschefs der beiden Regionen seinen Plan zur Beruhigung der Lage.
20.06.2014	Parlamentssprecher Oleksandr Turtschinow erklärt, dass die Grenze zu Russland nun fast vollständig geschlossen sei. In den vergangenen Tagen hatten die Separatisten immer wieder Verstärkung in Form von Waffen und Kämpfern erhalten, ohne dass sie Stützpunkte erobert hätten. Durch die Schließung der Grenze zu Russland soll die Versorgung unterbunden werden.
20.06.2014	In Krasnodon im Gebiet Luhansk eröffnen bewaffnete Unbekannte das Feuer auf einen mit Bergleuten besetzten Kleinbus. Ein Mensch kommt ums Leben, sechs werden verletzt.
20.06.2014	Die Anti-Terror-Operation wird für eine Woche unterbrochen. Innerhalb dieser Frist sollen die Separatisten ihre Waffen abgeben.
20.06.2014	Präsident Petro Poroschenko stellt die finale Version seines Friedensplans vor, der unter anderem die Entwaffnung aller illegal bewaffneten Gruppen, einen Fluchtkorridor, die Dezentralisierung des Landes, Sicherheitsgarantien für alle Gruppen, die sich am konstruktiven Dialog beteiligen wollen, und eine Pufferzone von zehn Kilometern Breite an der russisch-ukrainischen Grenze vorsieht.
21.06.2014	Trotz des ausgerufenen einseitigen Waffenstillstands kommt es im Donbass zu Kämpfen, insbesondere an der ukrainisch-russischen Grenze. Laut Befehl des Präsidenten Petro Poroschenko dürfen die ukrainischen Streitkräfte in der laufenden Woche sich nur selbst verteidigen, aber keine Angriffe gegen Stellungen der Separatisten führen.
22.06.2014	Präsident Petro Poroschenko trifft sich mit Aktivisten des Maidan, die ihm ihre Unterstützung aussprechen und auf dringende Probleme hinweisen. In einer Erklärung fordern sie Neuwahlen zum Parlament, die Schließung der Grenzen nach Osten und nach Transnistrien und die Stärkung der Armee.
22.06.2014	Die drei ersten Präsidenten der Ukraine, Leonid Krawtschuk, Leonid Kutschma und Wiktor Juschtschenko, wenden sich in einem offenen Brief an den russischen Präsidenten Wladimir Putin und fordern eine wirkliche Deeskalationspolitik im Konflikt im Osten des Landes.
22.06.2014	Am Kiewer Höhlenkloster versammeln sich Anhänger der Organisation »Russische Welt« und halten eine Prozession ab. Eine Gegendemonstration bildet sich, vereinzelt kommt es zu Ausschreitungen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Ukraine-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH unterstützt.

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Katerina Bosko (geb. Malygina)

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2014 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Twitter

<https://twitter.com/laenderanalysen>